Herner Anzeiger

Rotationsdruck und Verlag: Jugmanns & Borchers, Herne, Bahnhofstr. 71.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 1.60 monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen vierteljährl. Mk. 5.10. Postscheckkonto Cöln 16667.

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.
Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".
Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: H. Jugmanns für den Anzeigenteil: J. ... Herne.
Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen ...

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 278 — Freitag, den 29. November 1918.

Zur Frage der Nationalversammlung.

Nach der neuesten politischen Lage ist damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung schneller einberufen werden wird, als man bisher gedacht hat. Wenn die Reichsregierung sich nicht bald dazu entschließt, den Wahltermin für die Nationalversammlung festzusetzen, werden, darauf deuten alle Anzeichen hin, unsere Feinde die Einberufung dem deutschen Reiche einfach diktieren. Aus der feindlichen Presse geht das schon mit aller Deutlichkeit hervor:

Die „Times" nimmt scharf Stellung gegen alle deutschen Noten wider den Waffenstillstand. Der Weg für Deutschland, Wilson und die Verbändler milder zu stimmen, sei die Beseitigung bolschewistischer Zustände in Deutschland, und nicht erst hiermit zu warten, bis es zu spät sei. Bis dahin solle sich Deutschland alle Anrufe an die Verbändler ersparen. Die Nichtzulassung des Zusammentretens de Reichstages sei ein Akt, der nicht notwendig gewesen wäre, wenn Deutschland wirklich Frieden und Völkerbund wolle.

„Daily Chronicle" sagt: Irgend eine verantwortliche Regierung oder verantwortliche Regierungen müssen vom deutschen Volk eingesetzt werden, sonst könnten wir keine andere Wahl haben, als Deutschland selbst zu besetzen, bis die Schwierigkeiten behoben sind. Zu diesem Vorgehen würde man sich natürlich nur mit größerem Widerstreben entschließen. (?)

Der „Matin" meldet: Wenn Deutschland nicht aus den Vorgängen in Rußland lerne, so müßten die Verbändler den Krieg fortsetzen und, wie es jetzt in Rußland bevorsteht, auch in Deutschland Volksvertretung und gesetzliche Regierung wieder einsetzen.

Es ist gar kein Zweifel daran, daß diese Stimmen durchaus die Gesinnung widerspiegeln, die bei den leitenden Staatsmännern der Entente vorhanden ist. Man braucht ja nur zu hören, mit welcher Energie die Entente in Elsaß-Lothringen jede revolutionäre Regung unterdrückt. So werden unsere Feinde, wie im kleinen so auch im großen gegenüber der Reichsleitung, mit aller Rücksichtslosigkeit auf die schleunigste Schaffung einer geordneten Volksvertretung drängen. Man kann deshalb nur von unserer Regierung verlangen, daß sie aus freien Stücken dem deutschen Volke gibt, was ihr sonst vom Feinde abgenötigt werden müßte.

Zu warten mit der Nationalversammlung, bis sich die Verhältnisse im Lande vollständig konsolidiert haben, ist unmöglich. Für den Wahlmodus dürfen in Anbetracht der Dringlichkeit eines möglichst frühen Wahltermins und der besonderen Umstände, unter denen diese Wahlen stattfinden müssen, keine kleinliche Bedenken maßgebend sein. Man sollte deshalb von der Ausstellung von Wählerlisten Abstand nehmen. Es gibt erprobte Systeme, die sehr gut als Behelf dienen können. Bei den Gewerbegerichtswahlen, die in Friedenszeiten fast überall den Charakter politischer Kämpfe hatten, werden keine Wählerlisten aufgestellt. Man wählt auf Bescheinigungen, die teils der Arbeitgeber, teils die Polizeibehörde ausstellt. Bei einigem guten Willen läßt sich die Wahl mittels Berechtigungsscheins durchführen, wenn die Regierung die Energie hat, bei Ausstellung der Wahlberechtigungsscheine für Ordnung und Zuverlässigkeit zu sorgen.

In politischen Kreisen wird lebhaft eine zweite Frage erörtert: Kann die kommende Nationalversammlung in Berlin tagen? So, wie die Verhältnisse heute liegen, müßte dies verneint werden. Selbst wenn die Kohlen- und Lebensmittelversorgung in Berlin mit außerordentlichen Mitteln gesichert würde, so würde immer noch für die Nationalversammlung Berlin ein fragwürdiger Boden sein. Die Spartakusgruppe werde vor dem Versuch nicht zurückschrecken, gegen ein Parlament, welches ihrem Willen nicht gefügig ist, alle Mittel des Terrors anzuwenden. Darum wird der Gedanke ernsthaft erwogen, die kommende Nationalversammlung an einem Orte tagen zu lassen, in dem das Nationalparlament unabhängig von äußeren Einwirkungen seine Beschlüsse fassen kann. Es wäre verfrüht, hierfür konkrete Vorschläge zu machen. Es kann nur eine Stadt in Betracht kommen, welche die Gewähr dafür bietet, daß sie der Nationalversammlung und deren Mitgliedern Schutz und Sicherheit gewährleisten kann. Die Frage, die es deshalb zu lösen gilt, ist die, welche deutsche Stadt ist in der Lage, die Voraussetzungen für eine ungehinderte Tagung der Nationalversammlung zu schaffen. Nur eine freie unabhängige Nationalversammlung kann die gesetzgeberischen Grundlagen schaffen, die vom Volke respektiert und beachtet werden.

*

Günstiger Verlauf der Beratungen über das Reichswahlgesetz.

bb **Berlin**, 28. Nov. (Privattelegr.) Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Professor Dr. Preuß, hat einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg." die folgenden Mitteilungen gemacht: Zu der in weiten Kreisen noch immer vorhandenen Beunruhigung wegen der Einberufung der Nationalversammlung liegt keinerlei Veranlassung vor. Die Beratung des Reichswahlgesetzes im Kriegskabinett nimmt einen günstigen Fortgang und die Verabschiedung des Entwurfes sei, wenn nicht heute, so in den allernächsten Tagen zu erwarten. Die technischen Schwierigkeiten, die man vielfach befürchtete, können heute als überwunden gelten. Der Entwurf des Reichsamts des Innern werde voraussichtlich mit ganz unwesentlichen Aenderungen Annahme finden. Auch die Wahlordnung, die ja allerdings von weniger ausschlaggebender Bedeutung sei, wurde bereits im Entwurf fertiggestellt. Unmittelbar nach der Annahme des Reichswahlgesetzes durch die Regierung soll der Wahltermin anberaumt werden. Bedenken könnte noch die Tatsache veranlassen, daß unsere Heere im Osten und ebenso auch die Armee Mackensen noch nicht zurückgekehrt sind und der Zeitpunkt ihrer Heimkehr ungewiß ist. Aber der Wunsch, diese Hunderttausende von der Wahl zur Nationalversammlung nicht auszuschließen, könnte durch besondere Maßnahmen berücksichtigt werden. Die neue Reichsverfassung, die als eine der ersten Vorlagen der Nationalversammlung unterbreitet werden müßte, werde ohne Zweifel bis zu ihrem Zusammentritt rechtzeitig fertiggestellt.

Preßstimmen zu Bethmann Hollwegs Erklärung.

bb **Berlin**, 28. Nov. Der „Vorwärts" beschäftigt sich mit Bethmanns Verteidigung. Er bezeichnet es als nicht richtig, daß die Bemühungen Bethmanns, den ins Rollen geratenen Wagen wieder zu bremsen, nur durch die russische Mobilmachung durchkreuzt wurden. Er fragt Herrn von Bethmann, ob es im Juli 1914 in Berlin nicht eine Militär- und Kriegspartei gegeben hat, gegen die er vergebens kämpfte, und ob er in jenen Tagen nicht selbst von einer solchen Kriegspartei gesprochen habe. Weiter führt das Blatt aus: Bethmann erhebt den Ruf nach einem unparteiischen Staatsgerichtshof, der der Wahrheit zum Siege verhelfen soll. Uns erscheint heute die Frage viel wichtiger, wie wir aus dem Elend herauskommen, in das wir hineingeraten sind. Das System, das uns in den Krieg führte, und seine sämtlichen Vertreter sind beseitigt. Aber wenn diese Toten ihr jüngstes Gericht haben wollen, dann werden sie es bekommen.

Im „Berl. Tagebl." heißt es: Auch hier läßt v. Bethmann leider einige Tatsachen unerwähnt. Er spricht von den sehr vernünftigen und sehr annehmbaren Vermittlungsvorschlägen Greys, der die beiden einzigen, nicht von Serbien akzeptierten, einen absolut unmöglichen Eingriff in die Freiheit des Volkes bedeutenden Forderungen des österreichisch-ungarischen Ultimatums einer Botschafterkonferenz zur Unterscheidung unterbreiten wollte. Warum hat die deutsche Regierung diesen Greyschen Vorschlag abgelehnt? von Bethmann sagt ja selber, das Ultimatum sei zu scharf gewesen. Was also hatte die deutsche Regierung gegen den Vorschlag Greys einzuwenden? Daß es der Würde Oesterreichs widersprach, mit solchen Redewendungen hat man im Juli 1914 operiert. Aber dies hatte damals schon keinen Sinn.

Der „Lok.-Anz." schreibt: Wie wenig es indessen in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus der gesamten weiteren Haltung.

Die „Deutsche Tagesztg." meint: Daß v. Bethmann das dringende Bedürfnis empfunden hat, sich zu den bayerischen Dokumenten zu äußern, beweist, daß sein Interesse an der Erörterung über eine Beteiligung an der Schuldfrage lebhafter ist, als an einer Erörterung über die Fehler und die Unfähigkeit der von ihm vertretenen Politik. Der ehemalige Kanzler kann in der Tat nur wünschen, daß dieses peinliche Gebiet möglichst durch die Frage ersetzt werde, ob er den Krieg gewollt hat oder nicht. Daß er ihn nicht gewollt hat, ist für jeden Unparteiischen ebenso klar, wie die Tatsache, daß seine Unentschlossenheit, Schwäche und Verkennung der tatsächlichen Lage letzten Endes den Krieg herbeigeführt hat.

*

Kommentare der französischen Presse zu den bayerischen Enthüllungen.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Der Funkspruch Carnarvon vom 25. Nov. meldet: Die kürzlich erfolgte Veröffentlichung von Dokumenten durch die bayrische Regierung zielt ohne Zweifel darauf hin ab, die moralischen Eigenschaften dieser in ein besseres Licht zu rücken und so dem Teil ihrer Strafe, welche das Fehlschlagen aller dieser Projekte über das deutsche Volk gebracht hat, zu entgehen. Aber die deutsche Regierung welche in so täuschender Weise der Welt den Krieg aufzwang, wurde nicht gestürzt, weil sie den Krieg geplant hat, weil dem das deutsche Volk begeistert zustimmte, sondern weil der Plan fehlschlug. Wenn der Ausgang des Krieges erfolgreicher gewesen wäre, wären keine Revolution, keine bayrischen Enthüllungen über die Ursachen des Krieges und kein Widerstand gegen die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens, die der Entente auferlegt werden wären, zu verzeichnen gewesen. Gegen diese Bedingungen, welche beabsichtigt waren, scheinen die der Verbündeten sehr mäßig. Warum mußte Deutschland erst eine vollkommene Niederlage erleiden, bevor Friedensschritte unternommen wurden? Die ganze Welt weiß, daß das deutsche Volk das Ziel der Weltbeherrschung sich zu eigen gemacht hatte, bis es sah, daß eine Niederlage unvermeidlich war. Diejenigen, denen dieser Plan fehlschlug, sehen jetzt ihren Beruf in einer unannehmbaren Haltung und in ihren Anstrengungen, die Last der Ergebnisse ihres Fehlschlages zu erleichtern. Sie jammern über die Bedingungen des Waffenstillstandes und bitten um Gnade und Mitleid der Sieger, denen sie soviel Böses getan haben. Kein maßgebender Redner zeigte bis jetzt aber Reue über die deutsche Kriegsführung. Sie sind im Gegenteil immer noch stolz auf ihre geschlagenen Armeen und geben sich schamlosen Betrachtungen über die Zukunft ihrer entehrten Marine hin.

Um den Frieden.

Zum kommenden Friedenskongreß.

bb **Genf**, 28. Nov. Nach Pariser Meldungen wird mit der Teilnahme von wenigstens 1500 offiziellen Persönlichkeiten am Friedenskongreß gerechnet. Die Zahl der Teilnehmer ohne direktes Mandat dürfte nach den Vorbereitungen, die in Paris zu ihrer Unterkunft getroffen werden, wenigstens das Dreifache betragen. In Pariser Kreisen, die am Fremdenverkehr interessiert sind, wird insbesondere mit einem starken Zustrom aus den Vereinigten Staaten gerechnet.

Eine deutsche Einladung an Wilson?

* **Berlin**, 28. Nov. Wie der „Lokalanz." hört, wird von einflußreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, Deutschland, oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

Die Friedensbestrebungen im Frühjahr 1918.

* **Aus dem Haag**, 28. Nov. Die „Neue Freie Presse" meldet aus dem Haag: Aus diplomatischen Kreisen wird folgendes mitgeteilt:

Noch vor Beginn der großen deutschen Offensive, die im Frühjahr 1918 erfolgte, hatten vertrauliche Verhandlungen zwischen englischen und französischen Stellen und österreichischen inoffiziellen Vertretern das Ergebnis gezeitigt, daß man auf der Seite der Verbandsmächte bereit war, in eine Friedenserörterung einzutreten, und zwar unter Bedingungen, die für die damaligen Verhältnisse immerhin sehr günstig waren. Deutschland hätte Belgien räumen und zwei Drittel einer festzusetzenden Entschädigungssumme zahlen müssen, während die Verbandsmächte bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen; in Elsaß-Lothringen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozentsatz der 1870 ausgewanderten Bevölkerung zugunsten Frankreichs hätte mit eingerechnet werden müssen; Abtretung der Gebiete Südtirols; Internationalisierung von Triest; Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort geräumt werden und eine Entschädigung von den Mittelmächten erhalten müssen, wobei noch die Verbandsmächte zu einem Prozent der Beteiligung bereit waren. Rückgabe der deutschen Kolonien. In diesem Moment sollte die Note des Grafen Burian erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Die Note hätte zur Einberufung der Konferenz geführt, auf der über den Frieden unter den genannten Bedingungen hätte beschlossen werden sollen. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Ludendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: Laßt uns siegen. Zu seiner Umgebung äußerte sich Ludendorff dahin, man müsse sich in Wien mit dem Friedensschritt sehr beeilen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. 24 Stunden später begann die deutsche Offensive. Als Graf Burian Mitte September seine Note erließ, war es bereits zu spät.

Keine Rückgabe der deutschen Kolonien.

WTB **London**, 28. Nov. Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, er sei ein von Hoffnungen erfüllter und aufrichtiger Anwalt des Völkerbundes. Aber dieser würde kein Ersatz für die Vormachtstellung der englischen Flotte sein. Ferner erklärte er, daß keine deutsche Kolonie an Deutschland jemals zurückgegeben werde, und ebenso kein eroberter Teil türkischen Gebietes der Türkei.

Der Zusammentritt der Friedenskonferenz.

WTB **London**, 28. Nov. (Reuter.) Die Friedenskonferenz kann eher zusammentreten als angenommen wurde, da viele Vorbereitungen beendet sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 500 Mann stark sein. Unterkünfte für sie werden binnen 14 Tagen vorbereitet sein. U. a. werden sich Lloyd George und Clemenceau während Clemenceaus Besuch in London über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

Ein Friedensmanifest der englischen Arbeiterpartei.

WTB **London**, 28 Nov. (Reuter.) Die Arbeiterpartei hat ein Wahlmanifest veröffentlicht, worin der Friede gemeinsamer internationaler Arbeit gefordert wird. Sie erklärte sich durchaus gegen die Geheimdiplomatie und jede Form des Wirtschaftskrieges. Sie fordert als wesentlichen Teil des Friedensvertrages die internationale Arbeitercharter, die in den Bau des Bundes freier Völker eingeordnet werden müßte, lehnt jede Intervention auf dem Kontinent auf Seiten der Reaktion ab und fordert sofortige Zurücknahme der alliierten Truppen in Rußland.

Der Waffenstillstand.

Die Uebergabe des Bahnmaterials.

* **Amsterdam**, 28. Nov. Nach Reuter hat Dr. Solf mitgeteilt, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen mit Bezug auf die Lokomotiven, Güterwagen usw. durch den schlechten Zustand des Wagenparks aufs höchste erschwert werde. Er versuche, den Zeitpunkt der Uebergabe bis 1. Februar hinauszuschieben.

Die Franzosen in Straßburg.

* **Straßburg**, 28. Nov. Marschall Pétain hat seinen Einzug in Straßburg gehalten. Aus Berichten der Blätter ersieht man, daß an Wohnungen verschiedener Altdeutschen Gewalttätigkeiten verübt wurden, so auch an der des aus Baden eingewanderten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Straßburgs, Böhle. Auch die Standbilder der Hohenzollernkaiser am Hauptpostamt sind nunmehr zertrümmert worden.

An den Einzugsfeierlichkeiten in Straßburg nahm auch die Tochter des Präsidenten Wilson teil, die bereits seit einem Monat in Frankreich weilt. Poincaré und Clemenceau werden in Begleitung des Kammerpräsidenten, vieler Abgeordneten und andrer Persönlichkeiten am 9. Dezember Straßburg besuchen. Der Pöbel nahm gegen mehrere altdeutsche Geschäftshäuser eine so feindselige Haltung ein, daß zum Schutz Maschinengewehre aufgefahren wurden.

Der Geßlerhut der französischen Fahne.

* **Saarlouis**, 28. Nov. Wir lesen im „Saarlouiser Tageblatt" folgende Bekanntmachung des französischen Platzkommandanten:

In Anbetracht des höflichen Empfangs, den die Stadt Saarlouis den französischen Truppen bereitet hat, hat sich das französische Kommando entschlossen, heute, den 23. November, nachmittags, einen feierlichen Einzug in Saarlouis zu halten. Bei den einziehenden Truppen befindet sich die Fahne eines Infanterieregiments. Alle Fahnen, gleich welcher Nation sie angehören, müssen geachtet werden wie alle diejenigen, die für sie gestorben sind, weil sie viel vergossenes Blut und Opfer versinnbildlichen. Alle Nationen haben jedoch nicht dieselbe Art, ihre Achtung zu bezeigen. In Frankreich ist es Sitte, den Hut abzunehmen, wenn die Fahne eines Regiments vorbeizieht. Der unterzeichnete Platzkommandant hofft, daß die Bevölkerung von Saarlouis diese französische Sitte von heute an mitmacht, indem sie beim Vorbeimarsch auch die Fahne grüßt. Die französischen Soldaten, die die Gewohnheiten in Deutschland nicht kennen, würden in der Unterlassung dieser Sitte eine beabsichtigte Feindseligkeit erblicken, die sicherlich nicht gewollt ist. Dies könnte gleich zu Anfang zu unliebsamen Mißverständnissen führen. Diese Ehrenbezeugung mag vielen, die sie nicht kennen, seltsam erscheinen, aber ihre Berechtigung wird sicherlich allgemein verstanden werden."

Saarlouis, den 23. November 1918.

Der Platzkommandant: Tuffrau, Major und Bataillonskommandeur.

Das Schicksal der Ostafrika-Kämpfer.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Auf eine Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission über die weitere Behandlung der deutschen Truppen in Ostafrika, die gemäß Art. 17 der Waffenstillstandsbedingungen das Schutzgebiet zu räumen haben, hat das englische Kriegsministerium geantwortet, daß die deutschen Truppen in Stärke von 155 Europäern, 1164 Askaris und etwa 3000 sonstigen Farbigen, darunter 282 Häuptlinge, die Waffen gestreckt hätten. Die Veranlassung hierzu sei eine Mitteilung des feindlichen Oberbefehlshabers an General von Lettow-Vorbeck über den Abschluß des Waffenstillstandes in Europa gewesen. Die Truppen würden in Abercorn, am Südende des Tanganyika-Sees, gesammelt. Den weiteren Abtransport veranlasse sodann die englische Regierung. Ob der Seetransport auf deutschen Schiffen erfolgen werde, sei noch nicht entschieden. — Die Namen der Europäer, die bei General von Lettow-Vorbeck bis zuletzt ausharrten, wurden noch nicht bekannt. Ebenso ist die Frage der Postverbindung mit ihnen noch nicht geklärt. Veröffentlichungen hierüber werden baldmöglichst erfolgen.

Deutsche Waffenstillstandskommission. Der Vorsitzende, Staatssekretär Erzberger.

Englische Beschwerde über die Uebergabe der Gefangenen.

* **Berlin**, 28. Nov. In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa erhoben die englischen Vertreter namens der britischen Regierung ernste Beschwerde, daß die britischen Gefangenen an der Westfront nicht ordnungsmäßig übergeben wurden, sondern halbverhungert, krank und ohne genügende Kleidung in den Linien der Alliierten anlangten. Die Erklärung der deutschen Delegierten, daß eine ordnungsmäßige Uebergabe wegen der durch die Waffenstillstandsbedingungen aufgezwungenen überstürzten Räumung nicht möglich sei, daß ferner viele Gefangene entlaufen oder von revolutionären Elementen befreit wurden, wurde von den englischen Vertretern nicht anerkannt. Sie erklärten vielmehr, daß sie die deutschen Behörden ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse voll verantwortlich machen, und daß die britische Regierung mit Rücksicht auf die Erregung der öffentlichen Meinung Englands, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, die Feindseligkeiten wieder eröffne. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um die ordnungsmäßige Heimschaffung der englischen und übrigen Kriegsgefangenen herbeizuführen und daß durch die daraufhin getroffenen Maßnahmen die Durchführung eines geregelten Abtransportes dieser Gefangenen sichergestellt und bereits in erheblichem Umfange bewerkstelligt wurde.

Die Auslieferung der U-Boote.

WTB **London**, 28. Nov. (Reuter.) 21 deutsche U-Boote sind heute in Harwich eingetroffen. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der abgelieferten U-Boote auf 114.

Kommission zur Untersuchung der Anklagen betreffend Gefangenenbehandlung.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen der völkerrechtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland beschlossen. Als Kommissionsmitglieder sind in Aussicht genommen: Staatssekretär A. B. Trimp, die Staatssekretäre Bernstein (Reichsschatzamt) und Dr. Cohn, der württembergische Gesandte Hildenbrandt, Prinz Schönaich-Carolath, Geheimrat Dove, Professor Schücking-Marburg (als Vorsitzender), Legationsrat Eckardt vom Auswärtigen Amt, Oberst von Brandes als Vertreter des Kriegsministeriums und Kapitän z. S. Banselow als Vertreter des Reichsmarineamts. Die Auswahl der Persönlichkeiten beweist, welche außerordentliche Bedeutung die Reichsleitung dieser Frage beilegt. Die Kommission erhält das Recht, zur Vereidigung von Zeugen die Gerichte in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen, ohne Ansehen der Person, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung, ohne Pension aus dem Heere auszustoßen. Die Kommission wird ihre Arbeit schon in den nächsten Tagen aufnehmen.

Die Gefangenenfrage in der französischen Kammer.

WTB **Paris**, 28. Nov. Die französische Kammer erörterte die Interpellation über Maßnahmen, welche die Regierung zu ergreifen gedenkt, um die zufriedenstellende Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen über Kriegsgefangene zu gewährleisten. Alle Redner drückten ihre Entrüstung über den Zustand aus, in dem die Gefangenen übergeben würden, und forderten die Regierung auf, energisch vorzugehen, damit Deutschland loyal die Waffenstillstandsbedingungen ausführe. Unterstaatssekretär Ignace sagte, daß die Lage der Kriegsgefangenen seit dem Waffenstillstand schmerzlicher würde. Das Vorgehen der Deutschen wirke um so widerlicher, je mehr Deutsche zum Bewußtsein ihrer unverzeihlichen Niederlage kamen. Man werde erschreckt sein, wenn die Berichte der spanischen und schweizerischen Missionen bekannt sein werden, die uns wertvolle Dienste leisteten und sobald man wissen werde, daß es eine Regierung gab, die derartige Infamien befahl. Die Beraubung von Postpaketen steige seit dem Waffenstillstand auf 80 Prozent. Man müsse diese Verbrechen büßen lassen. Der Großmut des Siegers ist nicht mehr dem Feinde gegenüber angebracht, der nur Anspruch auf Gerechtigkeit hat. Marschall Foch sandte einen ebenso klaren und kategorischen Protest ab, wie die englische Regierung. Der Unterstaatssekretär gab bekannt, daß die Gesamtzahl der alliierten Kriegsgefangenen in Deutschland 844 000 beträgt. Weiter legte er die Maßnahmen zur Beschleunigung der Rückkehr der Gefangenen und zur Sicherstellung ihrer Ernährung auseinander. Er sagte, in Süddeutschland befinden sich 100 000 Kriegsgefangene, darunter 60 000 Franzosen und ungefähr 40 000 Italiener. Sie werden durch die Schweiz über Konstanz und Basel heimbefördert und zwar täglich 15 000. Die Heimbeförderung wird unverzüglich einsetzen. Redner gab die Vorsichtsmaßnahmen bekannt, die getroffen werden, damit Deutschland keinen Gefangenen zurückbehalte. Es würden Missionen ausgesandt, um die Ausführungen der Bedingungen zu überwachen.

Die Neuordnung in Deutschland

Präsidenten-Kandidatur des Prinzen Max.

* **Karlsruhe**, 28 Nov. Die Badische Presse erfährt aus Zürich, die dortigen Morgenblätter berichten, daß in deutsch-demokratischen Kreisen eine starke Strömung besteht, die auf eine Kandidatur des Prinzen Max von Baden als erster Präsident der großdeutschen Republik hinarbeite. Das „Berl. Tagebl.", das diese Nachricht ebenfalls bringt, bemerkt dazu, daß ihr von einer solchen Absicht bisher nichts bekannt sei.

Das Zusammenarbeiten der Behörden mit den A.- u. S.-Räten.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ist am 14. Nov. ein telegraphischer Erlaß der preußischen Regierung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den A.- und S.-Räten sowie den etwa entstehenden Bauernräten zugegangen, nach dem die Vertreter des A.- und S.-Rates bezw. Bauernrates als Kontrollinstanz in den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landratsämtern zur Seite zu treten haben, und bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. Die Form dieser Zuziehung, fährt der Erlaß fort, wird sich vom Standpunkt gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung öffentlicher Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird. Den Grundsätzen dieses Erlasses haben sich auch die Kommunalverwaltungen in Land- und Stadtgemeinden und Kreisen, insbesondere in den Städten auf Verlangen der Kontrolle der A.- und S.-Räte zu unterstellen und sie bei allen wichtigeren Verhandlungen hinzuzuziehen. Die geeignete Form dieser Zuziehung wird sich ebenso wie die bei den städtischen Behörden je nach den örtlichen Verhältnissen bei loyalem gegenseitigem Zusammenarbeiten unschwer finden lassen. Eine geeignete Beteiligung interessierter und kontrollierender Persönlichkeiten zu dieser Mitarbeit ist durch die Bildung gemischter Deputationen unter Beteiligung stimmfähiger Bürger in Anlehnung an den § 59 der östlichen Städteordnung und die entsprechenden Bestimmungen der übrigen Städteordnungen möglich. Eine solche Deputation wird, wenn sie mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet ist, und eine entsprechende Zahl der A.- und S.-Räte umfaßt, die zugleich entweder den städtischen Körperschaften angehören oder doch stimmfähige Bürger sind, in vielen Fällen eine geeignete Form für die Zusammenarbeit bilden. Dr. Breitscheidt. Hirsch.

Der bayerische Ministerpräsident über die Tagesfragen.

WTB **Berlin**, 28. Nov. In der Sitzung des Vollzugsrates am 25. Nov. erschien Kurt Eisner und bat, einiges sagen zu dürfen: „Weswegen ich in diesem Kreise erschienen bin, das hat zweierlei Gründe: Einmal wünsche ich, daß die unmittelbaren Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte sich einig sind, über das, was sie für die kommende Entwicklung zu leisten haben, zweitens wünsche ich, daß die Zusammenarbeit der Arbeiter- und Soldatenräte, und wir haben in Süddeutschland auch noch die Bauernräte, möglichst glatt und ungefährlich vor sich gehe. Nachdem Eisner eine kurze Darstellung der Münchener Revolution gegeben hatte, fuhr er fort: Wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir noch gestern hatten, dann brauchten wir nicht die Revolution. Die Revolution ist keine Demokratie. — Sie will sie erst schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte müssen überall die Grundlage der neuen Entwicklung bilden. Die Nationalversammlung kann und darf erst dann einberufen werden, wenn die Arbeiter- und Soldaten- und Bauernräte sich so sehr entwickelt haben, daß alles von dem neuen Geiste erfüllt ist. Dann darf vielleicht an die Nationalversammlung gedacht werden. Die Arbeiterräte sind berufen, die Bezirks- und Lokalparlamente zu bilden. Wir hören jetzt sehr viel von den Bolschewisten. Ich bin keiner. Meine Ueberzeugung ist dagegen. Erstens liebe ich die Methode des Bolschewismus nicht. Ich glaube an den Geist und die Macht der Ideen. Bei uns ist kein Tropfen Blut geflossen. Wir haben sofort die Macht an uns gerissen, aber im menschlichen Geist gearbeitet. Darum wünsche ich, daß die Vertreter des neuen Geschlechtes dahin streben, daß sie mit der Menschlichkeit vorwärts kommen. Das trennt mich praktisch von den Methoden des Bolschewismus. Theoretisch trennt mich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Produktion in den Besitz der Gesamtheit übergeführt werden muß, darüber ist kein Zweifel. Ich halte es nicht für ganz richtig, daß die Ueberführung der Produktionsmittel in die Gesellschaft erfolgen müsse, indem die bürgerliche Gesellschaft die Gewalt verliert. Sollen wir die Produktion übernehmen, wo sie nahe am Abgrund steht? Im Moment hat das keinen Zweck, da unsere wirtschaftliche Kraft erschöpft ist. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bricht zusammen; solange dieser Zusammen-

bruch bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisierung vorzunehmen. Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Eisner führte dann einige Gründe für den Separatismus an, unter anderm die Stellung Berlins während des Krieges als Ort, in dem das Weltverbrechen organisiert worden ist und die wirtschaftliche Zentralisation durch Deutschland entblößt wurde. Eisner forderte hierauf energischen Kampf gegen die Vertreter des alten Systems. Es geht nicht an, daß ein Mann wie Dr. David, der das Stockholmer Manifest verfaßt hat, der die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut verletzt hat, im Auswärtigen Amte sitzt. Es ist bei allen Beschlüssen der Gedanke zu vermeiden, als wenn von Berlin alles Licht und Heil käme. Bei dem demokratischen Geist soll die Mitarbeit aller gesichert sein. Das wird die neue Demokratie sein, die die sozialistische Gesellschaft herbeiführen wird. Haben wir eine rein dastehende Regierung und ordentliche Verhältnisse im Lande, dann, aber auch nur dann wäre ich bereit, nochmals zur Nationalversammlung aufzurufen.

Münchener Protest gegen Erzberger, Solf, David und Scheidemann.

WTB **München**, 28. Nov. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München hat nachstehendes Telegramm an den Vollzugsausschuß des Soldatenrates in Berlin abgesandt: Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republiken mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß immer noch kompromittierte Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann entscheidenden Einfluß, besonders in der auswärtigen Politik, ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser kontrarevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

Selbst kompromittiert.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Gegenüber dem Verlangen des bayerischen Volksbeauftragten Kurt Eisner, daß nur unkompromittierte Männer an der Spitze eines Staates stehen sollen, veröffentlicht Erich Kuttner im „Vorwärts" eine Erklärung, die besagt, daß Eisner selber in erster Linie zu diesen kompromittierten Leuten gehöre. Eisner habe die „Chemnitzer Volksstimme", deren Redakteur Kuttner damals war, zwischen dem 28. und 30. Juli wiederholt von München aus telephonisch angerufen und verlangt, er habe aus dem bayerischen Kriegsministerium, in dem er ein- und ausging, erfahren, daß der Krieg unvermeidlich sei, weil Rußland sich unter keinen Umständen von dem Eingreifen in den österreichisch-serbischen Konflikt zurückhalten lasse und bereits mobil mache, was eine deutsche Kriegserklärung zur Folge haben müßte. Kuttner schreibt: Eisner war ungefähr der einzige Sozialdemokrat in ganz Deutschland, der am 28. Juli mit absoluter Bestimmtheit wußte, daß der Krieg unvermeidlich war, und zwar hielt Eisner den Krieg für unvermeidlich wegen des bevorstehenden Eingreifens Rußlands. Aus dieser Ueberzeugung hat Eisner auch die volle Konsequenz gezogen. Er hat nicht die Meldung übermittelt, daß der Krieg unvermeidlich sei, sondern in der dringlichsten Weise nur versichert, daß der Kriegsausbruch lediglich die Schuld Rußlands sei. Es gälte deshalb, mit aller Macht innerhalb der Partei dahin zu wirken, daß die Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch sich hinter die Regierung stelle und die Kriegskredite bewilligte. Eisner hat uns ausdrücklich, auf alle uns erreichbaren Abgeordneten in diesem Sinne einzuwirken.

Das neue Justizministerium

WTB **Berlin**, 28. Nov. Von der preußischen Regierung sind, wie gemeldet, an Stelle des bisherigen Justizministers Dr. Spahn die Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Wolfgang Heine mit der Leitung des Justizministeriums beauftragt worden. Heine ist bisher durch anderweitige Verpflichtungen, die er in Anhalt übernommen hat, daran verhindert, die Geschäfte zu übernehmen. Dr. Rosenfeld trat heute sein Amt an und verpflichtete die Beamten [illegible] des Justizministeriums auf die neue Regierung.

Verwahrung gegen die Beseitigung des Herrenhauses.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Nach Zeitungsnachrichten hat die revolutionäre preußische Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Vollzugsrats des Arbeiterrates von Berlin vom 15. November die Beseitigung des Herrenhauses verordnet. Der Regierung wie dem Vollzugsrat steht die gesetzgebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den preußischen Staat zu ändern vermöchte, nicht zu. Namens des Gesamtvorstandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplante Maßregel hierdurch Verwahrung ein.

(gez.) Graf Arnim-Boitzenburg,
Präsident des Herrenhauses.

Die Entente und der frühere Kaiser.

Friedenskonferenz und Kaiserfrage.

WTB **London**, 28. Nov. „Evening Standard" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß einen Punkt auf der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Untersuchung der Position des Exkaisers, des Exkronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihres während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Holländische und französische Auffassung.

WTB **Paris**, 28. Nov. (Havas.) „Echo de Paris" meldet aus London: In der Beantwortung von Aeußerungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Glied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, vom Staatssekretär Solf die Note erhalten zu haben, welche die Abdankung mitteilt. Die holländische Regierung füge hinzu, sie überwache den Kaiser streng, der holländisches Gebiet nicht verlassen könne. — Der „Matin" erfährt aus London, daß die Alliierten die hinsichtlich des Kaisers zu treffende Maßnahmen sehr sorgfältig prüften. Aber die Lage werde als heikel angesehen, da die holländische Regierung der Auffassung sei, daß Personen, deren Auslieferung in Betracht komme, nicht ausgeliefert werden können, ohne die Zustimmung des Landes deren Untertanen sie seien. Wie dem auch sei die Anwesenheit des Kaisers in Holland versetze die holländische Regierung in eine heikle Lage, da der Kaiser nicht offiziell abgedankt habe und er den flagranten Mißbrauch der holländischen Gastfreundschaft begehe. Man hoffe, daß Holland seine Auffassung ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden.

Allgemeine politische Nachrichten.

Die deutsche und die französische Demokratie.

WTB **Berlin**, 28. Nov. Im Hinblick auf den unversöhnlichen Ton der französischen Blätter, der auch durch den Umschwung in Deutschland keine Milderung erfuhr und die Tendenz zeigt, dem deutschen Volke selbst ans Leben zu wollen, wirft die „Frankfurter Zeitung" die Frage auf, wie die Masse des französischen Volkes sich zu solchem Treiben stellt. Sie führt aus: In der Stunde, in der die deutsche Revolution den Sieg der Demokratie noch weit deutlicher verkündet, als es der Gegner tun kann, ist in Frankreich wenig vom demokratischen Geist zu spüren. Doch werden die Franzosen, die sich mit Stolz die Söhne der Revolution nennen, sich auf die Dauer als Unmündige behandeln lassen? Werden sie zugeben, daß über ihre Köpfe hinweg eine Politik gemacht wird, die alle Gefahren und Unrast der Vergangenheit in die Zukunft hinüberschleppen will? Frankreich hat in diesem Kriege erfahren, wie der Lauf der Dinge gewesen wäre, wenn es sich allein mit Deutschland zu messen gehabt hätte. Und solche Erfahrung sollte allein schon genügen, um ihm die Wohltat einer endgültigen Aussöhnung mit einer Nation zu zeigen, die immer ihr Nachbar, d. h. immer ihr Freund oder Feind und immer eine starke Nation sein wird. Wir hoffen, daß, wenn die gegenwärtige Welle des Ueberschwanges vorüber ist, solche Einsicht zur Geltung kommt und dazu beitragen wird, daß der Frieden künftig nicht mehr von den ewig unzuverlässigen Wechselfällen der Machtverteilung abhängig gemacht, sondern auf den guten Willen der Völker untereinander begründet sein wird.

Wie steht es im Auslande?

Die Wahl zur Nationalversammlung in Deutsch-Oesterreich

WTB **Wien**, 28. Nov. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den die konstituierende Nationalversammlung auf den 1. März 1919 nach Wien einberufen wird. Die Wahl für die konstituierende Nationalversammlung wird durch den Staatsrat auf Sonntag Ende Januar oder Anfang Februar ausgeschrieben werden. Weiter wurde der Entwurf der Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung eingebracht. Der Entwurf beruht auf dem Proportionalsystem mit gebundener Parteiliste. Insgesamt sind für alle Gebiete Deutsch-Oesterreichs 38 Wahlkreise vorgesehen mit 210 Mandaten, in dem entsprechend der Bevölkerungszahl auf je 48 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Außerdem sind fünf Mandate für die Brünner, Olmützer und Iglauer Sprachinseln vorgesehen, welche Bestimmung erst in Kraft treten soll, nachdem über die Anlage von nationalen Katastern in diesen Gebieten eine Vereinbarung mit dem tschecho-slovakischen Staat geschlossen sein wird. Wahlberechtigt ist jeder deutschösterreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, der am Tage der Wahl großjährig geworden ist oder während der Jahre 1914 bis 1918 Kriegsdienste leistete. Wählbar ist ohne Unterschied des Geschlechtes jeder wahlberechtigte Deutschösterreichische Staatsbürger, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Rücktransport der Fronttruppen.

lb **München**, 27. Nov. Durch Bayern finden ähnlich wie durch das Rheinland in den letzten Tagen große Rücktransporte von Fronttruppen statt. Von der österreichischen Grenze kommen täglich Züge mit den Mannschaften des Alpenkorps, das in Rosenheim demobilisiert wird. Von Neu-Ulm erfolgt der Abtransport der 37. ungarischen Honved-Division, die aus 464 Offizieren und 13 060 Mann besteht. Allein durch Nordbayern gehen täglich gegen 40 Militärzüge mit geschlossenen Truppenverbänden, abgesehen von zahlreichen Transporten von Pferden, Geschützen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen.

△ **Frankfurt (Main)**, 27. Nov. Die 5. Armee unter General von der Marwitz in Stärke von ungefähr 500 000 Mann setzte bisher ihren Rückmarsch programmmäßig in bester Ordnung bei geordneter Verpflegung fort. Am 27. November werden die Spitzen der Armee den Rhein zwischen Mainz und St. Goar erreichen und den Fluß auf den Brücken bei Mainz, Hindenburgbrücke bei Geisenheim und der Pontonbrücke bei St. Goar überschreiten. Der Weitermarsch wird dann über Frankfurt, Groß-Gerau, Biebrich und Nastätten erfolgen.

△ **Koblenz**, 28. Nov. Der Oberpräsident als Chef der Rheinstrombauverwaltung gibt bekannt, daß auf dem Rheine zum Uebergang der Truppen Pontonbrücken gebaut werden bei St. Goar, Neuwied, Brohl, Mehlem, Niederdollendorf, Mondorf und Kaiserswerth. Der Bau hat schon begonnen.

△ **Düsseldorf**, 28. Nov. Fast ununterbrochen flutet seit einigen Tagen der Strom der aus dem Felde heimkehrenden Truppen der 4. Armee über die Rheinbrücke. Bis in die Nacht hinein rückten gestern mehrere geschlossene Divisionen mit klingendem Spiel an. Truppen aller Waffengattungen neben Geschütz- und Wagenkolonnen aller Art, die durchweg mit Blumen und Fähnchen geschmückt sind und von der sie freudig begrüßenden Menge mit Liebesgaben versehen werden, ziehen auf ihrem Marsch zumeist durch das Innere der Stadt weiter nach Osten. Der Durchzug vollzieht sich nach wie vor in vollkommener Ordnung. Der Straßenbahnverkehr ist infolge des anhaltenden Durchziehens der Truppen zeitweilig stark behindert, über die Rheinbrücke ist er vorläufig gänzlich eingestellt.

Deutsches Reich.

Die Besetzung der preußischen Ministerien.

WTB Amtlich. Innerhalb der preußischen Regierung (Staatsministerium) bilden Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld das politische Kabinett. Die Besetzung der einzelnen Ministerien ist folgende: Handel: Fischbeck. Beigeordneter Auer. (Die 2. Stelle noch unbesetzt.) Krieg: Scheüch. Unterstaatssekretär Goehre. Oeffentliche Arbeiten: Hoff. Beigeordneter Paul Hoffmann. Brunner. Inneres: Hirsch. Dr. Breitscheidt, beigegeben Eugen Ernst. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann, Hänisch. Finanzen: Dr. Südekum, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer. Justiz: Dr. Rosenfeld, W. Heine.

Die Ernährung Deutschlands.

* Aus dem Reichsernährungsamt wird geschrieben, daß für die nächsten Monate eine Erleichterung in Bezug auf Lebensmittel noch nicht zu erwarten sei. Die Bevölkerung müsse vielmehr die äußerste Sparsamkeit walten lassen, um uns vor Hungersnot zu schützen.

Berufung einer Lehrerin ins Ministerium.

WTB Am 25. Nov. ist anstelle des Volksschullehrers E. Kunert, Frau Lehrerin Käthe Duncker, als fachpädagogischer Beirat in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen worden.

Die geistliche Ortsschulaufsicht beseitigt.

WTB Von dem Ministerium der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde folgende Verfügung erlassen: 1. Die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen ist von heute ab aufgehoben. 2. Die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amt, bis die Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen werden. 3. Die Uebernahme ist unverzüglich in Wege zu leiten und muß bis zum 31. Dezember abgeschlossen sein. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Gez. Hoffmann. Hänisch.

Des Weiteren richtete das betreffende Ministerium im Interesse der Volksbildung folgenden Wunsch an das Kriegsministerium: Im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des vollen Unterrichtsbetriebs bitten wir das preußische Kriegsministerium, zu verfügen, daß bei der bevorstehenden Demobilmachung alle Lehrer ohne Unterschied sofort entlassen werden. Ministerium pp. J. A. gez. Hoffmann.

(Von der Aufhebung der Schulaufsicht werden in erster Linie die protestantischen Geistlichen betroffen, die in manchen preußischen Provinzen die weit überwiegende Mehrzahl der Schulinspektoren stellen, während schon die frühere Regierung die katholischen Geistlichen aus der nebenamtlichen Schulinspektion mehr und mehr entfernt hat. Die Schaffung von ausschließlich hauptamtlichen Stellen der Schulinspektion erfordert natürlich erhebliche Staatsmittel und wird den Haushalt des preußischen Staates namentlich in der gegenwärtigen Zeit empfindlich belasten.)

Die drohende Hungersnot.

WTB In einer auf Einladung des Ministers Hirsch im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Kirchner zur Beratung der während der Demobilmachung und nach dem Friedensschluß erforderlichen gesundheitlichen Maßnahmen in Berlin zusammengetretenen Versammlung von anerkannten ärztlichen, hygienischen und sonstigen Sachverständigen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege stellte fest, daß infolge des Nahrungsmangels Leib und Leben von Männern, Frauen und Kindern aufs tiefste gelitten hat. Namentlich in den letzten Monaten verschlechterten sich die Gesundheitsverhältnisse von Tag zu Tag. Es steht bei der Unzulänglichkeit der diesjährigen Ernte an Brotgetreide, Kartoffeln und Viehfutter mit Bestimmtheit zu erwarten, daß unabsehbarer nicht wieder gut zu machender Schaden, ja geradezu eine Hungersnot eintritt, wenn nicht in aller kürzester Frist eine ausgiebige Nahrungsmittel- und Futtermittelzufuhr aus dem Auslande einsetzt.

Soziales.

Aus dem oberschlesischen Bergwerksrevier.

bb **Berlin**, 27. Nov. Von unterrichteter Seite in Oberschlesien erfährt der Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt" folgendes: Die Meldung, daß der Streik in Oberschlesien abflaue, trifft nicht zu; im Gegenteil, sowohl im Hauptrevier als auch im Rybniker Nebenrevier dauert der Ausstand mit unverminderter Heftigkeit an. Es ist einwandfrei festgestellt, daß jedesmal, wenn die Grubenarbeiter die wirtschaftlichen Zugeständnisse, die man ihnen machen wollte, anzunehmen geneigt waren, immer großpolnische Agitatoren kamen, die sie davon abhielten. Der Mangel an Bargeld macht es den einzelnen Zechen unmöglich, Zugeständnisse sofort durchzuführen. Während die fiskalischen Gruben Zulagen von 70—80 Mark pro Mann, die als einmalige Teuerungszulage gedacht waren, sofort auszahlen konnten, waren die privaten Eigentümer nicht in der Lage, dies zu tun. Das hat natürlich an manchen Stellen zur Verschärfung der Streiklust geführt. Trotz aller technischen und wirtschaftlichen Aushilfen, die man nach dem Grubenrevier sandte, hat doch die Verwendung nicht zugenommen.

Sie umfaßt heute etwa ein Drittel des Bedarfs. Da die Zufuhr aus dem westfälischen Gebiet wegen der militärischen Lage [illegible] nur geschlossene Steinkohlenzüge, die für die Gaswerke bestimmt sind, bezieht, kommen für die Elektrizitätswerke nur die oberschlesischen und die Lausitzer Kohlengebiete in Betracht. Man muß daher mit einem erheblichen Kohlenmangel noch für mehrere Tage rechnen. Es ist aber durch besondere Maßnahmen dafür gesorgt worden, daß Berlin hinsichtlich des Beleuchtungs- und des Kochgases nicht zu sehr leidet und man glaubt, daß man auch um den Fünfstundentag herumkommen wird.

bb **Berlin**, 28. Nov. (Privattelegr.) Ueber die Lage im oberschlesischen Kohlenrevier hört die „B. Z. am Mittag" aus bester Quelle, daß die Lage seit gestern nachmittag beinahe wieder normal ist. Von mehr als einer halben Million Grubenarbeitern befanden sich zu der erwähnten Zeit nur noch 1100 im Ausstand, also ein verschwindend kleiner Bruchteil. Es wird mit Sicherheit erwartet, daß auch diese im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zur Arbeit zurückkehren werden.

□ Der westfälisch-lippische Handwerkerbund hielt am Dienstag in Dortmund eine außerordentliche Sitzung ab. Nach einem Vortrage des Geschäftsführers der Handwerkskammer Dortmund über die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen stimmte die Versammlung folgender Entschließung zu: „Die westfälisch-lippischen Handwerkskammern erblicken in den undurchführbaren und deshalb unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen über die Räumung und des Abtransportes des rollenden Materials in der gestellten unzureichenden Frist eine schwere Gefährdung der Aufrechterhaltung des ungestörten Verkehrs für die Lebensmittelversorgung und der unbedingt notwendigen raschen Vorbereitungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Dadurch muß die friedliche Arbeit des durch den Krieg schwer geprüften Handwerks aufs härteste bedroht und es selbst einer völlig ungewissen Zukunft entgegengeführt werden. Der unversöhnliche Geist unserer Gegner, der aus den unvergleichlich harten Waffenstillstandsbedingungen spricht und Deutschland wehrlos einem demütigenden Gewaltfrieden ausliefern möchte, würde den Gedanken der Versöhnung niemals wieder aufkommen lassen. Darum erheben die Handwerkskammern in Westfalen und Lippe namens des von ihnen vertretenen Handwerks ihre Stimme zu feierlichem Protest gegen die Vernichtungsabsicht der Feinde und schließen sich dem Rufe der Reichsregierung nach sofortigen Verhandlungen über den Abschluß eines Vorfriedens, der einen baldigen Rechtsfrieden und die Versöhnung der Völker einzuleiten geeignet ist." — Eine zweite Entschließung wurde angenommen, die lautet: „Die selbständigen Handwerker von der Provinz Westfalen und Lippe stellen sich auf den Boden eines demokratischen Volksstaates, verlangen aber vorläufig: 1. Beschleunigte Veranstaltung von Wahlen zur Einberufung einer Nationalversammlung; 2. Entschädigung aller durch den Krieg infolge Einberufung zum Heere stillgelegten geschädigten Handwerksbetriebe; 3. Schutz dem Einzelerwerb und Zuwendung von Betriebsgeld und Arbeit nach bereits aufgestellten Richtlinien unter Vorberücksichtigung der Meisterbetriebe. 4. Beibehaltung aller Handwerkerorganisationen als da sind Innungen, Innungsausschüsse, Innungsverbände, Genossenschaften und Handwerkskammern und deren Einrichtungen nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. 5. Anstellung eines Handwerksministers an Stelle eines Ministers für Handel und Gewerbe."

Provinzielles.

* **Gladbeck**, 27. Nov. Vor einigen Tagen fand im katholischen Gesellenhause eine von etwa 800 Personen besuchte Versammlung für die Angestellten der Bergverwaltung des Direktionsbezirks Recklinghausen statt. Der Obmann des Angestelltenausschusses, Bauführer Totenhöfer, gab einen zusammengefaßten Ueberblick über die bisherige Ausschußarbeit. Daran schlossen sich die speziellen Vorträge der einzelnen Interessenvertreter im Ausschuß. Zunächst sprach Reviersteiger Kubitz über Steigerangelegenheiten, Fahrhauer Klee, Kolsmeister Lanz und Schlossermeister Watenpfahl über Meister- und Fahrhauersachen, Büroangestellte Schneider und Gerlach über die Interessen der Büroangestellten, Büroangestellter Garbe über Kriegsbeschädigtenfürsorge und Bauführer Totenhöfer über Technikerfragen. Im Verlaufe der Aussprache haben sämtliche Berufsgruppen ihre Mindestforderungen bekannt, welche zum unbedingten Leben heute notwendig wären. Allgemein gipfelten sämtliche Forderungen in der Notwendigkeit eines vollständig neuzeitgemäßen Aufbaues der Beschäftigungsbedingungen in dem Wunsche, daß das Günstlingswesen vollkommen unterbunden und der in verschiedenen Abteilungen eingebürgerte militärische Ton beseitigt werde. Dann brachte ein Redner aus der Versammlung eine Entschließung ein, die einstimmig gutgeheißen und angenommen wurde und in der es u. a. heißt: „Dem Angestelltenausschuß wird für sein selbstloses Eintreten für die Interessen der Angestellten der Dank der gesamten Angestelltenschaft ausgesprochen. Der Minister für Handel und Gewerbe wird gebeten, den Angestelltenausschuß auch in Friedenszeiten beizubehalten, da diese Einrichtung die einzige Möglichkeit darstellt, durch die der Angestellte seine Wünsche wirklich zu Gehör bringen kann, da ein Einzelner nicht durchdringt und seine Existenz in Frage stellt. Die Versammlung beauftragt die Gruppenvertreter Buschmann, Totenhöfer, Schneider, gegebenenfalls in Verbindung mit den Organisationen die Wünsche der Angestelltenschaft persönlich dem Herrn Minister vorzutragen, sofern der Angestelltenausschuß anderweitig nicht durchdringt." Die Steiger Buschmann (Gladbeck) und Freitag (Bottrop) wurden als weitere Ausschußmitglieder gewählt. Dann nahm der Vertreter des deutschen Technikerverbandes das Wort und forderte die Techniker auf, den Organisationen sich anzuschließen.

WTB **An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.** Am 23. November haben wir einen Aufruf erlassen, der zum Zusammentritt einer Delegierten-Versammlung aller deutschen Arbeiter- und Soldaten-Räte auffordert. Nach dem Delegationsmodus, der in diesem Aufruf vorgeschlagen wurde, wurden entfallen: auf den Regierungsbezirk Arnsberg 14 Delegierte. Wir bitten die Arbeiter- und Soldaten-Räte der einzelnen Regierungsbezirke, Provinzen oder Freistaaten Bezirks-, Provinz- oder Landeskonferenzen abzuhalten, auf denen Delegierte für die Versammlung am 16. Dezember 1918 gewählt werden könnten. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte Groß-Berlins. gez. Rich. Müller. Molkenbuhr.

△ **Wattenscheid**, 28. Nov. Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Amte Wattenscheid wird von einem hierfür gebildeten Ausschusse ausgeübt. Dieser Ausschuß setzt sich aus Vertretern des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstandes sowie des Handwerkes zusammen und es gehören ihm auch mehrere Kriegsbeschädigte an. Die geschäftlichen Angelegenheiten für die Fürsorge werden auf Zimmer 4 des Amtshauses erledigt. Kriegsbeschädigte können dort Auskunft erhalten und Anträge stellen. Bis Ende September waren bisher insgesamt 189 Kriegsbeschädigte überwiesen, von denen 144 als Berg- oder sonstige Industriearbeiter, 4 als Landwirte, 16 als Handwerker und 2 als Handlungsgehilfen ihren früheren Beruf wieder aufnehmen. 7 verrichten eine sonstige Beschäftigung, 3 sind nach anderen Bezirken überwiesen, 3 gestorben, 7 noch ohne Arbeit, 2 dauernd der Pflege bedürftig, einer ist noch in der Ausbildung begriffen. Aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege (Gemeindemitteln) sind an Unterstützungen für Kriegsbeschädigte bis zum 30. September ds. Js. 7 100,— Mk. aufgewendet worden. An laufenden und einmaligen Unterstützungen aus Reichsmitteln sind zusammen 950,— Mk. gezahlt worden.

* **Bottrop**, 28. Nov. Die Gebrüder Imping aus Bocholt wurden hier, Neustraße 15, bei ihrer verheirateten Schwester verhaftet. Der Kriminalpolizei war mitgeteilt, daß dort Geheimschlachtungen vorgenommen würden. Bei der Durchsuchung wurde das Fleisch von zwei frischgeschlachteten Schweinen vorgefunden und beschlagnahmt. Die Nachforschungen ergaben, daß die beiden Tiere dem Landwirt Essing aus Hohenhorst bei Bocholt nachts gestohlen waren. Wie weiter festgestellt werden konnte, hatten die Gebrüder Imping vorher schon drei fette Schweine in der Wohnung ihrer Schwester für 10 Mk. das Pfund veräußert, die ebenfalls in Bocholt gestohlen waren.

* **Horst**, 28. Nov. In der letzten Sitzung der Amts- und Gemeindevertretung wurde Kaplan Kosnert zum Waisenrat gewählt. Auf Kosten der Gemeinde ist kürzlich im Lokale Nolte, Burgstraße, ein Arbeitsnachweisbüro gegründet worden. Die Mittel zur Besoldung der vom Arbeiter-Rat bestellten Sicherheitsmannschaften (tägl. 12 Mk. für die Person) wurden bewilligt. Die Zahl der Sicherheitsmannschaften beträgt 28. Der Vorsitzende gab einen Bericht über der Einrichtung des Arbeiterrates und die Bestellung der örtlichen Delegierten des Soldatenrates in Recklinghausen, besonders auch über die finanzielle Belastung der Gemeinde durch diese Einrichtung. Es wurde beschlossen, allen noch im Dienste befindlichen Amts- und Gemeindebeamten, Verwaltungsgehilfen sowie den ständig beschäftigten nichtamtlichen Angestellten eine persönliche Zulage von 40 Prozent des Gehalts zu bewilligen. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober cr. ein. Für die Volksschullehrer und Lehrerinnen wurden ebenfalls Zulagen ab 1. Oktober vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung bereitgestellt.

* **Remscheid**, 27. Nov. Die hiesigen Arbeiterausschüsse haben beschlossen, auf die Lebensmittel-Sonderzuweisungen bei den industriellen Werken zu verzichten. Ein Erlaß des Oberbürgermeisters und des Arbeiter- und Soldatenrates verfügt die Beschlagnahme und sofortige Bestandsangabe.

✕ **Bielefeld**, 26. Nov. In der Gemeinde Lämershagen wurde eine Geheimschlächterei aufgedeckt. Ein zehn Zentner schwerer Bulle, der eben geschlachtet und alsdann verschoben werden sollte, wurde beschlagnahmt.

✕ **Duisburg**, 26. Nov. Unweit des Proviantamtes gerieten zwei Polizeibeamte mit Militärpersonen, die Lebensmittel geraubt hatten, in einen Kampf. Es wurde von beiden Seiten geschossen. Die Einbrecher wurden, nachdem einer durch einen Bauchschuß kampfunfähig gemacht worden war, festgenommen.

△ **Duisburg**, 26. Nov. Wie wir erfahren, sind in letzten Formationen etwa 35 000 Mann durchziehender Truppen der 4. Armee in diesen Tagen in Duisburg zu erwarten, die überwiegend über Homberg-Ruhrort-Meiderich-Oberhausen marschieren werden. Die übrigen Teile der 500 000 Mann starken 4. Armee werden über Düsseldorf auf die Hauptheerstraße geleitet. Das Ziel ist Westfalen, wo sie verteilt und demobilisiert werden.

* **Düsseldorf**, 22. Nov. Gestern nachmittag wurde Oberbürgermeister Dr. Oehler in Sicherheitshaft genommen. Vor seiner Wohnung wurde ein Posten aufgestellt. Wie die „Düsseld. Nachr." berichten, führten folgende Vorgänge zu der Sicherheitsmaßnahme. Gestern vormittag versammelte sich im Garten der städtischen Tonhalle eine große Anzahl Soldaten und Arbeiter. Matrosen hatten die Leitung der Versammlung übernommen. Ein Matrose stellte Forderungen auf, unter denen sich auch die Absetzung des Oberbürgermeisters befand. Nach Verlesung der Forderungen bewegte sich ein immer stärker werdender Zug von der Tonhalle hin zum Rathaus. Hier begaben sich die Führer des Zuges, dessen Massen jetzt den ganzen Platz vor dem Rathaus füllten, in den ersten Stock auf den Balkon des Amtszimmers des Oberbürgermeisters und hielten Ansprachen an die Menge. Die beiden Matrosen, die bereits im Garten der Tonhalle zu den Massen geredet hatten, wiederholten ihre Forderungen. Dann erklärte das Vorstandsmitglied des ASR. Schmitt, daß das, was hier verlangt werde, keine Demokratie, sondern Anarchie sei. Die Ueberzeugung Andersdenkender sei aber zu achten. Ein Matrose verlangte, daß jedem Arbeiter, der von dem Militär entlassen würde, 200 Mk. gegeben würden. Falls dazu kein Geld da sei, würde sich das Proletariat selbst Geld drucken. Das habe man in Kiel auch so gemacht, man wolle vom ASR. jetzt keine Worte, sondern Taten sehen. Die Diktatur des Proletariats müsse aufgerichtet werden. Im Laufe des Tages wurden dann Besprechungen zwischen dem ASR. und den Führern der Kundgebung abgehalten, die wieder zur Freilassung des Oberbürgermeisters führten.

△ **Velbert**, 26. Nov. Hier streifen seit einiger Zeit mehrere Räuber herum, die unter dem falschen Decknamen eines Soldatenrates ihre Opfer einzuschüchtern suchen, um Lebensmittel zu beschlagnahmen. So wurden gestern abend bei einem Landwirt in Flandersbach mehrere Schweine beschlagnahmt, die sie an Ort und Stelle abschlachteten und damit dann verschwanden.

* **Krefeld**, 23. Nov. Große Mengen Rohseide, die seit zwei Jahren beschlagnahmt, jetzt aber freigegeben sind, lagern hier. Durch die Freigabe wird es möglich sein, die Seidenfabrikation wieder aufzunehmen. Einen besonders großen Umfang nahm von jeher die Anfertigung von Krawattenstoffen ein, die jetzt gewiß wieder die alte Blüte erreichen wird. Schwieriger ist es mit der Samtindustrie. Es fehlen vor allem die notwendigen Rohstoffe; dafür hofft man aber in Kleiderstoffen die gewiß zu erwartende große Nachfrage zu befriedigen.

* **Köln**, 26. Nov. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete vier Männer wegen Kriegsschiebungen in Höhe von einer Million Mark.

* **Köln**, 26. Nov. Domkapitular Prof. Dr. Alexander Schnütgen, der hervorragende Kenner und Förderer christlicher Kunst, ist in Listerwohl bei Attendorn gestorben. Schnütgen wurde am 23. Februar 1813 in Steele (Ruhr) geboren.

* **Bonn**, 23. Nov. In der Nacht ist der 19 Jahre alte Landwirt Paul Schmitz zu Dobschleiderhof bei Weilerswist von Einbrechern, die er überraschte und verfolgte, erschossen worden. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt worden.

* **Bonn**, 23. Nov. Bei einem Zusammenstoß eines Militärkraftwagens mit der elektrischen Bahn Bonn-Godesberg-Mehlem wurden zwei Soldaten getötet und einige verletzt. — Wie in der Sitzung des Arbeiter-, Bürger- und Soldatenrates mitgeteilt wurde, sind aus den militärischen Lagern in der Nacht vom 8. zum 9. November d. J. für über drei Millionen Mark Lebensmittel und Waren entwendet worden.

Letzte Nachrichten

Hindenburg an das Feldheer.

WTB **Berlin**, 29. Nov. (Telegr.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Aufruf an das Feldheer gerichtet:

Soldaten! Ihr, die mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie wichtig es für Heer und Heimat ist, daß die Rückführung und Entlassung Eurer Verbände in voller Ruhe und Ordnung sich vollzieht. Nur wenn jeder von Euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, welche die Rückführung so gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Die Ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos Euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von Euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber allem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt. Alle, außer den Jahrgängen 1896—99, die zunächst noch bei den Fahnen bleiben, sollen so schnell wie möglich entlassen werden. Laßt Euch nicht verführen, den Truppenteil vorzeitig und eigenmächtig zu verlassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welch großen Schwierigkeiten es bei der Unterbringung und Verpflegung und beim Abtransport kommen muß, wenn jeder Einzelne von Euch regellos der Heimat zuströmt. Ordnung und Zusammenhalten ist jetzt wichtiger denn je! Nur so wird die glatte Zurückführung des Feldheeres nach den östlich des Rheins zunächst vorgesehenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist die Leitung der Verbände mit der Eisenbahn oder durch Fußmärsche zum Ersatztruppenteil vorgesehen. Mit Rücksicht auf die großen Anhäufungen von Truppen kann diese nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten werden sich nicht vermeiden lassen. Habt Geduld und Vertrauen! Es wird jeder von Euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als es die Umstände gestatten. Keiner von Euch wird vergessen. Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung alles aufbieten wird, um Euch Euren Angehörigen sobald als möglich zuzuführen. Doch eins tut not: Ruhe und Ordnung!

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Die Stellungnahme der Entente zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

WTB **Wien**, 28. Nov. (Telegr.) In Betrachtung der Stellungnahme der Entente gegenüber Deutsch-Oesterreich führt das „Neue Wiener Tagebl." den Nachweis, daß nach den bedeutsamen Aeußerungen, besonders den Erklärungen Bonar Laws, in England tatsächlich ein ernster Widerstand gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland bestehe und daß die amerikanische Regierung auf dem gleichen Standpunkt stehe. Nicht zu unterschätzen sei dagegen die mehrfach ausgesprochene Drohung in Frankreich. Für Deutsch-Oesterreich komme aber vor allem die Haltung Italiens in Betracht. Die imperialistische italienische Regierung verfolge den Gedankengang, den kürzlich der „Corriere della Sera" entwickelt habe. Danach habe Italien nichts gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland, wenn nur kein neues Oesterreich in anderer Form wieder erstehe. Zwischen Deutsch-Oesterreich und Italien könne es keine Gegensätze mehr geben, sobald die Tiroler Abgrenzungsfrage gelöst sei. Italien habe sogar ein Interesse daran, daß Triest, das es behalten wolle, ohne experimentieren zu können, der Sitz der deutsch-österreichischen Handelsschiffahrt bleibe.

Die französische Regierung besucht Straßburg.

WTB **Rotterdam**, 28. Nov. (Telegr.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris: Die französische Regierung wird am 8. Dezember Straßburg besuchen. Poincaré, Clemenceau und die Botschafter der Verbündeten werden der Feier beiwohnen.

Auguste Viktoria bei Wilhelm II.

WTB **Amsterdam**, 28. Nov. (Telegr.) Die frühere deutsche Kaiserin ist heute morgen in Maarsbergen bei Utrecht angekommen, wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloß Amerongen weiter.

bb **Basel**, 28. Nov. (Privattelegr.) Laut „Berner Tageblatt" meldet „Daily Expreß" aus Amsterdam: Der ehemalige deutsche Kaiser ist an der spanischen Grippe erkrankt und muß das Bett hüten.

*

Oesterreichische Enthüllungen.

Ludendorff bedrohte Oesterreich mit Kriegserklärung im Falle eines Sonderfriedens.

bb **Wien**, 28. Nov. (Privattelegr.) Der Korrespondent des „Neuen Wiener Journals" erhält von einer Persönlichkeit, welche in den letzten Wochen eine Unterredung mit dem Wiener Auswärtigen Amt hatte, eine Mitteilung, nach der Graf Czernin im Jahre 1917 als Minister des Aeußern im Auftrage des Kaisers Karl in Berlin bei Kaiser Wilhelm war und erklärte, Oesterreich-Ungarn stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kraft. Infolgedessen lege Graf Czernin Kaiser Wilhelm auf das Dringendste nahe, wenn auch mit großen Opfern, Frieden zu schließen. Kaiser Wilhelm sandte den Grafen Czernin ins Große Hauptquartier, wo Hindenburg sich passiv verhielt. Ludendorff aber erklärte: Ich bin der Ansicht, daß lediglich das unglückliche Verwaltungssystem an der pessimistischen Auffassung schuld sei. Ludendorff erklärte sich bereit, der Verwaltung Oesterreich-Ungarns während der Kriegszeit deutsche Kommissäre zu attachieren. Graf Czernin erschien darauf wieder im Hauptquartier und erklärte, Oesterreich-Ungarn könnte gezwungen sein, bei weiterer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen. Ludendorff erhob sich und sagte, daß an dem Tage, an welchem Oesterreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließe, es die Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen hätte. Einen solchen Treubruch könnten wir nur mit dem Beginn der Feindseligkeiten beantworten. Graf Czernin brach das Gespräch ab, kehrte nach Wien zurück und erklärte Kaiser Karl: Unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden; wir können nicht anders, als an seiner Seite ausharren.

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 29. November.

× **Der Durchmarsch der Truppen** durch unsere Stadt hält an. Unaufhaltsam passieren bald größere, bald kleinere Verbände, geschlossene Truppenteile mit endlosen Wagenkolonnen, Minenwerfer-Abteilungen usw. die Bahnhofstraße in Richtung Recklinghausen. Mit klingendem Spiel, die Offiziere hoch zu Roß an der Spitze, begleitet vom Winken und Grüßen der Bevölkerung ist es eine ständige Wiederholung immer desselben Bildes, das aber doch immer wieder neue Reize bietet. In der Hauptsache gehörten die bis jetzt hier durchmarschierten Truppen der 39. Division der 4. Armee an. Das Inf.-Regt. derselben Division, das gestern Nachmittag ebenfalls mit Musik durch Herne zog, hatte hier gewisses Heimatsrecht, da in diesem Regiment mehrere 100 Herner Jungens Dienst tun. Es befand sich auf dem Marsch nach Dorsten. Für die kommenden Tage ist wieder mit zahlreicher Einquartierung zu rechnen.

Achtung Soldaten!

Die Angehörigen der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 99 müssen sich laut Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer des Herner Anzeigers unverzüglich bei ihren Ersatztruppenteilen melden. Näheres hierzu besagt die betreffende Bekanntmachung.

× **Feiges Denunziantenpack.**

Da sich in letzter Zeit Anzeigen und Denunzierungen gegen Herner Bürger in bedenklicher Weise mehren, sieht sich der A.- u. S.-Rat gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die auf Grund solcher Anzeigen hin erfolgten Denunziationen bis auf verschwindende Ausnahmen gezeigt haben, daß die Anzeigen nur auf „Vermutungen" und auf „Hörensagen" aufgebaut waren. Auch scheint zum großen Teil kleinliche, persönliche Rache hierzu die Triebfeder zu sein. Der A.- u. S.-Rat teilt dann weiter mit, daß namenlose Anzeigen von jetzt ab überhaupt nicht mehr berücksichtigt und daß dafür alle anderen Anzeigen die Angeber in nicht zutreffenden Fällen zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist in hohem Grade bedauerlich und bezeichnend für den Geist, der in gewissen Kreisen herrscht, daß die Herner Bürgerschaft sich derartige durchaus angebrachte und berechtigte, beschämende Vorlesungen durch den A.- u. S.-Rat gefallen lassen muß. Mögen die moralischen Ohrfeigen, die hier verschiedenen ausgeteilt werden, ihre Wirkung nicht verfehlen.

Frauen in die städtischen Kommissionen und Deputationen.

Die preußische Regierung hat unter dem 23. Nov. 1918 folgendes angeordnet: § 1: Zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen können auch weibliche Personen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen ausfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männlichen Personen das Bürgerrecht zusteht. Insoweit nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen an Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei verheirateten weiblichen Personen diese Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemann erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz den minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kindern, der Mutter anzurechnen. § 2: Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Schlechtes Brennen der Gaslampen, Heiz- und Kochapparate.

Wie uns die Direktion des städtischen Gaswerks mitteilt, ist das schlechte und mangelhafte Brennen der Gaslampen, sowie der Heiz- und Kochapparate, worüber augenblicklich von den Konsumenten sehr geklagt wird, darauf zurückzuführen, daß das Zechengas infolge mangelhafter Kohlenförderung nicht voll geliefert wird, infolge dessen muß der Druck verringert werden. Es steht indessen zu hoffen, daß der Uebelstand bald beseitigt werden kann.

× **Windhorstbund Herne.**

Auf den heute 8¼ Uhr im Gesellenhause stattfindenden Vortragsabend mit anschließender Aussprache wird nochmals hingewiesen.

× **Vertrauensleute der Herz-Jesupfarre.**

Am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr versammeln sich die gesamten Vertrauensmänner des Volksvereins, des Arbeitervereins und der Jünglings-Sodalität zu einer äußerst wichtigen Besprechung im Ledigenheim. Kein Vertrauensmann darf fehlen.

× **Zentrumspartei Horsthausen.**

Am Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 11¼ Uhr, findet bei Korte eine Versammlung der Zentrumspartei statt. Die wichtigen Fragen der Gegenwart erfordern die Teilnahme aller Parteifreunde, Männer und Frauen.

× **Zur Beachtung.**

Mehrfache Vorkommnisse veranlassen den A.- und S.-Rat die Herner Bürgerschaft wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß nur solche Personen die Berechtigung haben Hausuntersuchungen und Beschlagnahmen vorzunehmen, die einen besonderen Ausweis vorzeigen können. Binde oder gewöhnliche Ausweiskarten geben diese Berechtigung nicht. Zudem werden derartige Durchsuchungen, die auch nur in ganz dringenden und berechtigten Verdachtsfällen ausgeübt werden, stets nur bei hellem Tage erfolgen.

Beschränkte Freiheit der Kriegsgefangenen.

Auf die Bekanntmachung betreffend die beschränkte Freiheit der Kriegsgefangenen in der heutigen Ausgabe des Anzeigers machen wir auch an dieser Stelle noch besonders aufmerksam.

Steckrüben-Verkauf.

Zum Bezuge von Steckrüben werden Gutscheine am Samstag, den 30. November, von 9—2 Uhr ausgegeben. Die Rüben müssen spätestens am Samstag abgeholt werden, da an diesem Tage der Verkauf geschlossen wird.

^ **Entschließung der Westfälisch-Lippischen Handwerkskammern.**

Die westfälisch-lippischen Handwerkskammern erblicken in den undurchführbaren und deshalb unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen über die Räumung und den Abtransport des rollenden Materials in der gestellten unzureichenden Frist eine schwere Gefährdung der Aufrechterhaltung des ungestörten Verkehrs für die Lebensmittelversorgung und der unbedingt notwendigen raschen Vorbereitungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Dadurch muß die friedliche Arbeit des durch den Krieg schwergeprüften Handwerks auf's härteste bedroht und es selbst einer völlig ungewissen Zukunft entgegengeführt werden. Der unversöhnliche Geist unserer Gegner, der aus den unvergleichlich harten Waffenstillstandsbedingungen spricht und Deutschland wehrlos einem demütigenden Gewaltfrieden ausliefern möchte, würde den Gedanken der Versöhnung niemals wieder aufkommen lassen. Darum erheben die Handwerkskammern in Westfalen und Lippe Namens des von ihnen vertretenen Handwerks ihre Stimme zu feierlichem Protest gegen die Vernichtungsabsichten der Feinde und schließen sich dem Rufe der Reichsregierung nach sofortigen Verhandlungen über den Abschluß eines Vorfriedens an, der einen baldigen Rechtsfrieden und die Versöhnung der Völker einzuleiten geeignet ist.

Abwehr von Ausschreitungen gegen Zucht und Sitte.

Zur schnellen und durchgreifenden Bekämpfung sittlich ärgniserregender Ausschreitungen bittet der Westfälische Bezirksverband gegen öffentliche Unsittlichkeit alle Bürger, besonders die Mitglieder der eigenen, angeschlossenen und gleichgesinnten Vereine hierdurch dringend, ihm alle bemerkenswerten Beobachtungen und Wahrnehmungen laufend, rücksichtslos und ohne Verzug mitzuteilen. Als Briefaufschrift genügt der obige Verbandsname mit dem Zusatz Schriftführeramt Münster (Westf.) Langenstraße 35.

Aus dem Amte Sodingen.

Sodingen, 28 Nov. Die Kriegsgefangenen-Fürsorge des Amtes Sodingen macht die Angehörigen Kriegsgefangener darauf aufmerksam, daß in den Schulen des Amtes Sodingen die Adressen der Kriegsgefangenen gesammelt werden zwecks Uebersendung einer Weihnachtsliebesgabe.

Sodingen, 27. Nov. In dieser Woche wird an Fleisch ausgegeben für Erwachsene 200 gr. für Kinder die Hälfte.

Sodingen, 29. Nov. Heute Nachmittag 2 Uhr findet in der Wirtschaft Plümpe eine öffentliche Versteigerung von Militärpferden statt. Wer also einen Gaul braucht, versäume nicht den Termin.

Franzosenbegeisterung in Elsaß-Lothringen.

* Saarbrücken, 25. Nov. Der herzliche und hilfreiche Empfang unserer zurückmarschierenden Truppen auf altdeutschem Boden hat den bedrückten Gemütern der — unter so ganz anderen Umständen als beim hoffnungsvollen Ausmarsch — der lange entbehrten Heimat entgegensiebenden Tapferen unendlich wohl im Gegensatz zu der kalten, ja höhnischen und feindseligen Aufnahme, den bitteren Empfindungen beim Durchzug durch das bislang deutsche Lothringen, das der 47jährigen Reichszugehörigkeit unschätzbare wirtschaftliche Förderung und Blüte zuzuschreiben hat. Zum Dank dafür ruinet sich das doch von einer urdeutschen, fränkischen Rasse bewohnte lothringische Grenzgebiet in überschwenglicher Weise zum Einzug der Franzosen. Wer am vergangenen Donnerstag das benachbarte Saargemünd besuchte, glaubte sich in eine ausgesprochen französische Stadt versetzt, die das Nationalfest feiert. Alle öffentlichen und privaten Gebäude trugen Trikolore-Flaggenschmuck. Eine festlich gekleidete Menge, darunter viele junge Damen in der Lothringer Volkstracht und französisches Militär aller Gattungen, drängte sich in den Hauptstraßen. Triumphbogen mit den Inschriften „Vive la France", „Vive l'Alsace-Lorraine" und ähnliche erhoben sich an verschiedenen Stellen. Die Geschäfte waren vielfach geschlossen und hatten in den Schaufenstern französische Dekorationen ausgebreitet. Punkt 12 Uhr trafen, lebhaft begrüßt, zwei höhere französische Offiziere im Auto mobil von Nancy ein und fuhren beim Bürgermeister vor. Für den Einzug der Alliierten hat sich ein Empfangsausschuß gebildet, der besondere Festlichkeiten plant und in französischen und deutschen Aufrufen junge Damen und Herren von unzweifelhaft elsaß-lothringischer Abstammung auffordert, sich an einer Spalierbildung im Nationalkostüm zu beteiligen: eine Einkaufsstätte ist beim Bankier Coblenz aufgeschlagen. Sofort mit dem Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen hatten sich die Provokateure französischer Gesinnung, die schon vor dem Kriege in der großen Fangemeinschaft von Aufweidern ihren Rückhalt fanden, jede Scheu und Maske abgelegt. Auch durch Lockerung der Lebensmittelrationierung wurde Stimmung gemacht: wenn in Colmar 3000 Tafeln Schokolade an die Schulkinder verteilt und in Straßburg Bohnenkaffee aus Nancy angekündigt wurde, so setzte hier gleich die Kreisdirektion die wöchentliche Fleischmenge auf 1 Pfund und den Preis für Rindfleisch auf 1.20 Mk., für Kalbfleisch auf 1 Mk. pro Pfund fest.

In Forbach wurde beim Plündern der Kasernen auch das Privateigentum der Offiziers- und Unteroffiziersfamilien hinweggeschleppt. Einige Plünderer wurden erschossen.

Nach dem franzosenfreundlichen Rausch wird die Ernüchterung nicht ausbleiben. Nur aus den Reihen der Sozialdemokratie macht sich in diesen Tagen des Uebermaßes noch schüchterner Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht in die Oeffentlichkeit. Die prominenten Persönlichkeiten, die im politischen und wirtschaftlichen Leben des Reichslandes eine Rolle spielten, wollen es mit den neuen Gewalten nicht verderben, betätigen sich vielmehr den Anschluß nicht zu verpassen.

Haftpflicht der Gemeinden bei Plünderungen.

In Glogau wurden während der Umsturzbewegung 10 Geschäfte erbrochen und völlig ausgeplündert. Da sich auch Zivilpersonen an diesen Raubereien beteiligten, machen die Geschädigten die Stadt Glogau für den Schaden haftbar; ein Femkollegium verlangt allein ½ Mill. Mark. Juristisch stünde man sich auf ein Gesetz von 1850, demzufolge eine Stadt für derartige Vorkommnisse haftbar sei. Zur Sache äußert sich ein Jurist (laut Voss. Ztg.) wie folgt:

Die Glogauer Geschädigtenbeter denken bei ihren Ansprüchen offenbar an das preußische Gesetz vom 11. März 1850. In der Tat schreibt dieses Gesetz vor, daß der Schaden, der bei einer Zusammenrottung von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen Maßregeln Personen oder Sachen zugefügt wird, von der Gemeinde, in deren Bezirk die Zusammenrottung stattgefunden hat, den Geschädigten ersetzt werden muß. Aehnliche Gesetze gelten für die meisten anderen Bundesstaaten. Sie sind trotz der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches infolge einer ausdrücklichen Bestimmung des Einführungsgesetzes in Kraft geblieben. Allen diesen Gesetzen, die sich durchweg auf der Grundlage des französischen Tumultgesetzes von 1795 aufbauen, ist der Grundsatz der Ersatzpflicht der Gemeinde eigentümlich. Allerdings gewähren einzelne Gesetze, wie z. B. das hessische der Gemeinde den Einwand, daß sie an den Vorkommnissen schuldlos sei. Das preußische Gesetz kennt aber diesen Einwand nicht. Einzelne Gesetze stellen auch den Grundsatz auf, daß, wenn die Einwohner einer Gemeinde in den Bezirk der anderen gezogen sind, um dort den Tumult zu erregen, dann die sogenannte Abwandergemeinde ebenfalls haftbar sei. Bezeichnenswert ist, daß die Ansprüche gegen die Gemeinden durchweg einer kurzen Verjährung unterworfen sind. In Preußen muß der Geschädigte binnen 14 Tagen, nachdem er von dem Schaden Kenntnis erhalten hat, ihn bei dem Gemeindevorstand anmelden; gegen den Bescheid, den ihm dieser erteilt, muß er binnen 4 Wochen Klage beim ordentlichen Gericht erheben. Es sei daran erinnert, daß diese Bestimmungen auch gelegentlich der Moabiter Krawalle vor einigen Jahren eine Rolle spielten.

Nach diesen Ausführungen scheint es nicht zweifelhaft, daß die Stadt Glogau die Ansprüche der Geschädigten anerkennen und erfüllen muß. Es wird aber nicht ganz leicht sein in den Einzelfällen zu entscheiden, ob einzelne Ausschreitungen als Plünderung oder Einbruch zu betrachten sind.

Vermischtes.

WTB. Kassel, 26. Nov. Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen herabzureißen versucht. Heute früh 5½ Uhr erschienen Leutnant Krüger, Rittmeister Kroska und ein dritter Offizier, dessen Namen nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die von dem Posten alarmierte Wachtmannschaft schoß Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gefesselt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls. Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat warnt in einem Aufruf vor Beleidigungen der roten Fahnen, die unnachsichtlich geahndet werden müßten.

Metz, 26. Nov. Ein interessierter Franzose ließ sich die Idee nicht ausreden, daß vor dem Einzug der Franzosen in dem zu befreienden Gebiet sämtliche internierten Franzosen ermordet würden. In einem unbewachten Augenblick stieß sich der Verzweifelte ein Messer tief in die Brust. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und einer Operation unterzogen.

Prima rote Möhren
hat zentnerweise abzugeben 6999
Hermann Feldmann,
Wischerstrasse 23. Telefon 261.

Es werden noch einige 7007
Wächter
für Herne eingestellt. Zu melden unter Vorlage der Papiere auf dem Büro, Bochum, Kortumstraße 24.
Wach- und Schließgesellschaft.

Arbeiter, Arbeiterinnen und beurlaubte Soldaten
werden sofort eingestellt. Zu melden 6987
Firma Gockel & Niebur,
Zeche Constantin 4/5.

Erdarbeiter und Laternenwärter
werden sofort angenommen. 6891
Zu melden Vinckestrasse 12: früh 7—8 Uhr, nachm. ½2 bis 3 Uhr.
Städtisches Gaswerk.

Jugendliche Arbeiter auch Invaliden
können sofort eingestellt werden. Zum melden im Betriebsbüro Sodingen. 7022
Strassenbahn Herne-Sodingen-Castrop.

Zu kaufen gesucht:
Ein neues od. sehr gut erhaltenes Exemplar
Rudolf Herzog: Das Lebenslied.
Offerten unter K. M. 6812 an die Geschäftsstelle des Herner **Anzeigers.**

Kautabak
aus rein deutsch. Tabak — 100 große Rollen M. 40. Versand nur gegen vorherige Kasse. 6959
Becker,
Leipzig G, Blumenstr. 64.

Zwei schöne 6931
Zimmer-Oefen
zu verkaufen. Zu erfragen Bochumerstr. 69.

Schultornister
handfeste, derbe Sattlerarbeit, bei 4783
A. Grüne,
Bahnhofstr. 9c, Tel. 817.

Terpentin, 6963
Leinöl u. Möbel-Lack
kauft zum Selbstverbrauch mit Preisangabe. O. Lusch, Elberfeld, Gesundheitsstr. 31.

Krieger- und Landwehrverein Herne.
Antreten der Mannschaften zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden und Veteranen
Apollinar Hallerbach
am Sonntag, den 1. Dez., um 3½ Uhr, vom Stammlokal. Um zahlreiche Beteiligung bittet 7023
Der Vorstand.

Kaufmann, soeben aus dem Felde zurückgekehrt, alleinstehend, 25 Jahre, sucht zwecks sofortiger
Heirat
Kriegerwitwe, mit 1 u. 2 Kindern nicht ausgeschlossen.
Offerten unter K. Z. 6917 an die Geschäftsstelle d. Herner **Anzeigers.**

Eine 6914
Violin-Konzert-Duett-Zither
zu verkaufen.
Herne III, Castroperstr. 29.

Eine Burg und ein großer Pferdestall,
gut erhalt., z. verkaufen. 6918
Wegener, Bochumerstr. 68, 2 E.

Kernledersohlen-
Bewehrungen Rhenus, 6 mm stark, liefert zu Engros-Preisen b. Abnahme von mindestens 10 Paar in einer Postsendung gegen Nachnahme 6901
Größe 30—35 1,10 M. p. Paar
36—41 1,30 M. p. Paar
42—47 1,50 M. p. Paar
direkt ab Fabrik
Schuhsohlen-Ges. Rhenus, Rheydt (Rheinland).

Gut erhaltenes **Klavier** gegen monatliche Vergütung zu mieten gesucht.
Offert. u. N. M. 6908 an d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.**

Eine noch guterhaltene
Benzollampe
zu kaufen gesucht.
Offert. u. R. T. 6897 an d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.**

Ein gebrauchtes 6855
Harmonium
11 Register, billig zu verkaufen. Scharnhorststraße 31, Gemeindegasthaus.

Ein blauer Arbeitsanzug u. ein Paar Arbeitsschuhe, Größe 43—44, 7006
billig zu verkaufen.
Wilhelmstr. 34.

Eine guterhaltene 2-teilige
Friseur-Einrichtung
sofort zu verkaufen. 7016
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Herner **Anzeigers.**

Zu kaufen gesucht:
Griech. Uebungsbuch,
von Dr. Adolf Kaegi, 2. Teil, 6977 und
Ovids Methamorphosentext,
Teubners Schülerausgabe für Obertertia.
Weber, Hohenzollernstr. 29.

Ein großer 7014
Zimmerofen
zu verkaufen.
Adalbert Heijma, Grenzweg 45.

Ein gebr., weiß emaillierter
Herd
zu verkaufen. 7013
v. d. Heydtstr. 51.

Umzugshalber ein fast neuer Kleiderschrank, eine 2-schläfige Bettlade mit Matratze, Konsole, Küchenschrank u. Tisch 6983
zu verkaufen.
Schmarowski, Gerthe, Castroperstr. 72 b.

Zu verkaufen:
Bettstelle m. Matratze, Kleiderschrank, Tisch u. hoher Zimmerofen. 6993
Schüttrumpf, Rottbruchstr. 12.

Ein guterhaltener 6991
Schultornister
(Leder) z. kaufen gesucht, dasselbst ein Paar neue **Arbeitsschuhe** Nr. 42 gegen 43 umzutauschen, Fr. Cremer, Bochumerstr. 80 c.

Fast neues 6982
Schaukelpferd
billig zu verkaufen.
Wilh. Müller, Gerthe, Gerthestr. 11, 1. Stock.

Ein 7019
Schuhmachergeselle
oder ein **Lehrling,** der schon 1 Jahr gelernt hat, sofort gesucht. Sosinski,
Sodingen, **Kaiser-Wilhelmstr. 3.**

Montageschlosser, Schmiede u. Zuschläger
gesucht. Zu melden bei (7000
Monteur Zensen,
Constantin, Schacht 11.

Synagogen-Gemeinde Herne.
Gottesdienst
Freitag 4½ Uhr,
Sonnabend 9 Uhr.

Eilt!
Rote Kreuz-Geldlotterie
Hauptgewinn 6895
M. 100000
Ziehung 6.—11. Dezember.
empfiehlt und versendet
Fritz Nolting, hier.

Reparaturen
werden sofort und sauber ausgeführt. 6896
Stuckateur Brune, Herne 3, Roonstr. Nr. 7.

Zigarren
zirka 6000 Stück, reiner Tabak, im Preise von 600—2000 Mk. per 1000 Stück zu verkaufen.
H. Sauer, 6718
Grotenburg bei Detmold.

Größeren Posten
Zigarren
zu 45 und 60 Pfg. das Stück im ganzen oder auch kistenweise zu verkaufen. 6881
P. Gniatczyk, Herne,
Bahnhofstr. 56, 2. Etg.
Ecke Heinrichstr.

Kompl. Küchen und Schlafzimmer, Herde, Federbetten, außerdem 1 Wohnzimmer, mehrere Küchentische, 1 Ofen mit Rohr, 1 Regulator, 1 Kinderbett, 1 Kommode gegen bar und Teilzahlung zu verkaufen.
6856 **Markowsky,**
Herne, Wilhelmstr. 18—20.

Ehrlicher Junge als
Friseurlehrling
gesucht. 6862
Heinrich Finkeldey, Rieneke, Hernerstr. 85.

Kesselheizer, Arbeiter jeglicher Art, Frauen und Mädchen
werden fortwährend für dauernd eingestellt für Kokereibetrieb. Zu melden bei den Schichtmeistern **Berholt,** Wilhelmstr. Gaidis, Schmstr. 36, Sodingen, **Zeche Friedrich d. Große,** Schacht 3 u. 4 sowie beim Geschäftsführer **L. Betzer,** Restaurant Breidenbroich, Kanalstr. Börnig.

Für sofort einen 6956
Lehrling
gesucht.
Jos. Mertens, Schlosser- und Schmiedemeister, Altenhöfenerstr. 42.

Zuverlässiger 6854
Fuhrmann
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Kohlenhandlung
Wilh. Heiermann.

Junger Mann, der gut stenographieren und die Schreibmaschine bedienen kann, sucht Sonntags morgens von 9—12 Uhr
Beschäftigung.
Offerten unter A. S. 6962 an die Geschäftsst. des Herner **Anzeigers.**

Tüchtige 6919
Montageschlosser und Arbeiter
gesucht, zu melden b. Nichtmeister Fraatz, Kranbau Hafen König Ludwig.

Gesucht werden tücht. Gesteinshauer und Schlepper.
Zu melden 6827
Oberaufseher Bolte, Börnig, Mont-Cenisstr. 23.

Zimmer-leute
finden Beschäftigung
Langensiepen,
6970 Vinckestr. 23.

Maurer und Arbeiter
für Kanalisationsarbeiten gesucht. Meldungen auf dem Baubüro Wilhelmstraße 1. 6989
Tiefbauamt.

Suche für Sonntags einen
Klavier- und Geigenspieler
Hehmann, Crangerstr. 67.

Tüchtiger 7009
Schmied,
der selbständig nach Zeichnung arbeiten kann, gesucht.
A. Beien, Herne.

Zimmer-leute
gesucht. 7008
Karl Lindner, Herne,
Altenhöfenerstr. 45.

2 möbl. Zimmer
(Wohn- u. Schlafzimmer) von Dame zu mieten gesucht.
Offert. u. B. S. 6909 a. d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.**

Parteifreunde!
Rüstet **rechtzeitig** für den nahen Tag der Nationalwahlen.
Vergeßt nicht die Werbung für die Parteipresse.

Berusteinkette
verloren. Wiederbringer erhält gute Belohnung 6 68
Cigarrengeschäft
Ohlig & Mony,
Bahnhofstr. 40.

Suche zum 1. Dezember oder später älteres, erfahrenes (7001
Hausmädchen
Frau Oberbürgermeister Dr. Sporleder, Schaferstraße 13.

Properes 7012
Morgenmädchen
sofort gesucht.
Näheres Bahnhofstr. 28, 2. Et. Eingang Martinstr.

Wegen Erkrankung des jetzigen suche ich per sofort ein kath. tüchtiges
Mädchen
für alle Hausarbeit. 6990
Frau Franz Bock, Bahnhofstr. 44.

Suche ein ordentliches
Dienstmädchen
welches abends am Büffet helfen muß. 6894
Steffen's Saalbau
Herne.

Selbständige Kontoristin
möglichst im Getreidefach vertraut, für sofort gesucht.
Angebote unter A. F. 6791 an die Geschäftsstelle d. Herner **Anzeigers.**

Existenz für Metzger.
Alteingeführte und gutgehende Metzgerei m. Betriebseinrichtung, in vorzüglich. Geschäftslage in Herne, billig zu verkaufen. Offerten unter B. A. 6844 an die Geschäftsstelle des Herner **Anzeigers.**

Ein 7011
Morgenmädchen
bei voller Beköstigung oder Mädchen für ganz zum baldigen Eintritt gesucht
Frau Dr. Laplanche,
Neustr. 12.

Für sofort od. später prospectes Fleißiges
Dienstmädchen
gesucht. 6975
Frau Betriebsführer Heitkamp, Grenzweg 56.

Reinliches 7002
Mädchen
für alle Hausarbeit gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Sodinger Anzeigers, P. Strocke, Sodingen.

Wohnung
von 2 Zimmern mit Keller, Stall und Gartenland zum 1. Januar zu vermieten. 6932
Holthausen, Beimbergerstr. 60, am Volkspark.

Schöne 6955
Mansarden-Wohnung
mit Balkon, 3—5 Zimmer, im Hause la Rochestr. 51 zum 1. Januar an ruhige Familie zu vermieten. Näheres
W. Schmitz, Hochlarmark.

Wohnung
von 3 Zimmern zum 1. Januar z. verm. Wo? sagt d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.** 6964

Wohnung
von 2 Zimmern z. 1. Dez. oder 1. Januar z. vermieten. 6992
Wo? zu erfr. in d. Geschäftsst. des Herner **Anzeigers.**

Lehrer sucht sofort
möbl. Zimmer
mögl. mit voller Pension, Nähe Bahnhof.
Offert. u. M. 6958 an d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.**

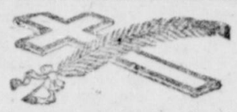
Möbliertes Zimmer
in anständ. Hause, Nähe Bahnhof per 1. Dez. ohne Pension zu mieten gesucht.
Angeb. u. D. Z. 6981 a. d. Geschäftsst. d. Herner **Anzeigers.**

„Kleine Anzeigen"
haben den besten Erfolg im „Herner Anzeiger".

Althoff
Recklinghausen

Damen- und Kinderbekleidung

in größter Auswahl.



Nach langem qualvollen Leiden nahm heute der liebe Gott unsere einzige geliebte Tochter, Enkelin und Nichte

Elisabeth

im Alter von 14 Jahren und 5 Monaten zu sich in den Himmel. 7005

In tiefer Trauer:
Friedrich Hüppe u. Frau
geb. Disselkamp.
Wwe. Wilh. Hüppe
als Grossmutter,
und Verwandten.

Herne, den 28. Novbr. 1918.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 3 Uhr von Bahnhofstrasse 69 aus statt.

Bekanntmachung.

Da sich in letzter Zeit Anzeigen und Denunzierungen gegen Herner Bürger in bedenklicher Weise mehren, sehen wir uns zu folgender Bekanntmachung gezwungen:

Die bis jetzt vorgenommenen Untersuchungen haben, bis auf verschwindend wenige Ausnahmen gezeigt, daß die Anzeigen nur auf Vermutungen und auf Hörensagen aufgebaut waren. Auch scheint zum großen Teil kleinliche persönliche Rache die Triebfeder zu sein. Beides ist unbedingt verwerflich und dient nicht der guten Sache. Es werden deshalb von jetzt ab namenlose Anzeigen überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Für alle anderen Anzeigen werden die Angeber persönlich verantwortlich gemacht und im nicht zutreffenden Fall zur Rechenschaft gezogen.

Herne, den 28. November 1918.

6997 **Der Arbeiter- und Soldatenrat:**
J. V.: Hans Hüttemann.

Bekanntmachung.

Mehrfache Vorkommnisse veranlassen uns nochmals folgendes der Herner Bürgerschaft bekannt zu geben:

Die Berechtigung zu Hausuntersuchungen und Beschlagnahmungen hat nur der, der vom Arbeiter- und Soldatenrat einen **besonderen** Ausweis vorzeigen kann. Nicht Binde oder die übliche Ausweiskarte geben diese Berechtigung. Es wird nochmals dringend darauf hingewiesen, daß jedesmal das Vorzeigen des Ausweises gefordert wird. Alle Leute, die **ohne den besonderen Ausweis** Beschlagnahmungen, Haussuchungen, oder sonstige Untersuchungen vornehmen, wolle man sofort nach hier (Rathaus Zimmer 31) melden.

Herne, den 28. November 1918. 6996

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
J. V.: Hans Hüttemann.

Bekanntmachung.

Einkellerungskartoffeln.

Die weitere Ausgabe von Gutscheinen zum Einkellern der Herbstkartoffeln wird wie folgt fortgesetzt:

Freitag	29. Nov.	d. Inh. d. Hällen-Nr.	20001—21500
Sonnabend (von 9—2)	30.	„ „ „ „	21501—23000
Montag	2. Dez.	„ „ „ „	23001—24500
Dienstag	3.	„ „ „ „	24501— Schl.

Die Gutscheine werden in der Lebensmittelkartenausgabestelle 3 am Steinweg ausgegeben.

Jeder Bezugsberechtigte erhält ½ Zentner. Der Preis beträgt 8,50 M. Die Kartoffelkarten und die Brothüllen sind vorzulegen.

Herne, den 28. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: J. V.: Wietermann. **Der Magistrat:** gez. Dr. Sporleder.

Bekanntmachung.

Steckrübenverkauf.

Gutscheine zum Bezuge von Steckrüben werden am Sonnabend, den 30. ds. Mts., von 9—2 Uhr ausgegeben.

Die Rüben müssen spätestens am Sonnabend abgeholt werden, da an diesem Tage der Verkauf geschlossen wird.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat: Wietermann. **Der Magistrat:** Dr. Sporleder.

Bekanntmachung.

Der Verkaufspreis für das zur Verteilung gelangende Rübenkraut beträgt

0,45 Mk.

für 400 Gramm.

Herne, den 28. November 1918.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat: J. A.: F. Hilge. **Der Magistrat:** Stahl

Aufforderung!

Alle vom Heeresdienst zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, deren Angehörige Familienunterstützung beziehen, haben ihre Rückkehr und Arbeitsaufnahme sofort dem Kriegsunterstützungsamt Schule Neustraße zu melden. Der Unterstützungsausweis ist vorzulegen. Unterlassung wird bestraft.

Herne, den 13. November 1918.

Der Vorsitzende der Kriegs-Unterstützungskommission: Dr. Sudkamp. **Der Arbeiter- u. Soldatenrat:** K. Hölkeskamp.

Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf sind auf dem Bahntransport von Düsseldorf nach Erkrath 15500 Voll- und 1200 Kinderfleischkarten, gültig für die Zeit vom 28. Oktober bis 23. Dezember dieses Jahres verschwunden. Die Karten tragen den Vermerk: Preußen, Düsseldorf, Erkrath. Es besteht der Verdacht, daß die Fleischkarten gestohlen sind.

Metzger und Wirtschaftsbetriebe werden ersucht, hierauf zu achten. Vorzeiger derartiger Fleischkarten sind anzuhalten und ist der Stadtverwaltung alsdann sofort Nachricht zu geben.

Herne, den 28. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: J. A.: Wietermann **Der Magistrat:** Dr. Sporleder

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Verstorbenen sagen wir allen unsern 6990
herzlichsten Dank.

Franz Küsener,
Herm. Neuss.

Hamm, Herne, den 29. November 1918.

Bekanntmachung.

Morgen nachmittag 3 Uhr findet in der Wirtschaft Plumpe öffentlich meistbietend die **Versteigerung von 15 Militärpferden** statt. Zuschlag bleibt vorbehalten.

Sodingen, den 28. November 1918.

Der Amtmann:
7017 Wiethoff.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
Hofmeyer. Meyer. i. V. Benthaus.

Bekanntmachung.

Die Bevölkerung wird aufgerufen, hinzuwirken, daß Kriegsgefangene, die sich ohne Ausweis oder ohne Bewachung herumtreiben, festgenommen und der nächsten Sicherheitswache zugeführt werden. Von diesen Wachen aus werden die Kriegsgefangenen zum nächsten Gefangenen-Arbeitskommando gebracht.

Den Gastwirten und Kinobesitzern ist verboten, Kriegsgefangene, die ohne Ausweis oder Bewachung sind, aufzunehmen. Wenn sie es doch tun, werden ihre Lokale geschlossen.

Frauen und Mädchen, die sich etwa in unwürdiger Weise mit den Kriegsgefangenen abgeben sollten, werden mit 50 Mark Geldstrafe und im Wiederholungsfalle mit Gefängnis bestraft. 6985

Bochum, den 26. November 1918.

Der Bezirks-Soldatenrat. Das Garnisonkommando.

Achtung, Soldaten!

Die Angehörigen der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 müssen sich unverzüglich bei ihren Ersatztruppenteilen melden. Dort werden sie im Interesse der Abwicklung der Demobilmachung sowie des Sicherheitsdienstes dringend gebraucht. 6986

Anmeldung bei den zuständigen Bezirkskommandos oder Meldestellen.

Standort des Ersatztruppenteils wird hier angegeben.

Der Bezirks-Soldatenrat Bezirkskommando I u. II Bochum.

Bekanntmachung.

Das schlechte und mangelhafte Brennen der Gaslampen, sowie der Heiz- und Kochapparate, worüber augenblicklich von unsern Konsumenten sehr geklagt wird, ist darauf zurückzuführen, daß wir mit Zechengas infolge mangelhafter Kohlenförderung nicht voll beliefert werden, infolge dessen müssen wir den Druck verringern. Es steht zu hoffen, daß wir unsere Abnehmer bald wieder voll beliefern können. 6976

Herne, den 27. November 1918.

Die Direktion
des städtischen Gaswerks Herne und der Gasversorgung Sodingen.

Städtische Bücherei Herne.

Geöffnet im Rathaus:
Dienstags, Donnerstags und Freitags von 5—6½ Uhr nachmittags.
Sonntags von 10½—12 Uhr vormittags.
Die Nebenstelle in der Schule an der Friedrichstraße für die Stadtteile Baukau und Herstkamen ist geöffnet:
Mittwochs von 2—3 Uhr nachmittags
und Sonntags von 11—12 Uhr vormittags.

Der Magistrat: Lampe.

Dem Wunsche des Publikums entsprechend, ist die Zahl unserer Arbeitskräfte bedeutend vermehrt worden, sodass die

Ausführung von Schuhreparaturarbeiten

nunmehr schneller erfolgt. 7001

Fertiggestellte Schuhe, die nicht innerhalb 4 Wochen abgeholt sind, werden verkauft.

Städtische Schuhbeschl-Anstalt,
Herne, Bahnhofstr. 122.

Zigarren von 500 Mk. an aufwärts, darunter hochfeine Qualitäten Ebenfalls

großer Posten Zigaretten

F. Banderole, pro Mille 150 Mk. abzugeben. Vers. nach auswärts nur gegen Nachnahme. 6752

Hohendahl's Zigarrenhaus, Düsseldorf,
Flingerstrasse 33. Telefon 10051.

Emaille-waren 4786
in großer Auswahl billig zu verkaufen.

H. Heiland,
Bahnhofstraße 3 a.

Für Wiederverkäufer!
Zigaretten
abzugeben. 6849

Paul Lange,
18a Bahnhofstr. 18a 1. Etg.
Zigarren u. Zigaretten engros

Zirkus-Varieté Herne, Bahnhofstr. 7.

7010 Heute Freitag:

Ehrenabend für **Reinhard,**
dem kleinsten Akrobaten der Welt.

9 grosse Spezialitäten 9

Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Nach Schluss: Strassenbahnen nach allen Richtungen.

Geschäfts-Eröffnung!

Eröffne am Montag, den 2. Dezember, die

Metzgerei



des verstorben. Metzgermeisters
Friedrich Esdar, Herne, Bergstrasse 116.

Es wird stets mein Bestreben sein, meine werte Kundschaft prompt zu bedienen, und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Kundenliste zum Eintragen liegt ab heute Freitag, den 29. November, auf. 7015

Hochachtungsvoll
Wilhelm Fels.

Wir liefern in jeder Grösse und Ausführung:

Geschäftsbücher
Durchschreibebücher
Lieferscheine, lose u. zum Abreissen
ebenso alle andern Drucksachen für den geschäftlichen und industriellen Bedarf.

Stempel nebst sämtlichem Zubehör.

Ingmanns & Koethers
Herne, Bahnhofstrasse 71. Fernruf 901.

Kuhr's Zahn-Praxis
Herne, Bahnhof-strasse 50, I. Etage.
Eingang Schaeferstrasse. 6994

Aus dem Felde zurückgekehrt.
Dentist Paul Kuhr.

Sprechstunden: Vormittags 8½—12 Uhr,
nachmittags 2½—7 „

Sonntags sind gesetzlich
die Herrenfrisiergeschäfte um 12 Uhr,
die Damenfrisiergeschäfte um 1 Uhr
zu schliessen.

Franz Kusenberg,
Herne i. W., Bahnhofstrasse 8b, Telefon 808.
Erstklass. Damen- und Herren-Friseurgeschäft.
Kopfwäsche, Ondulieren, Frisieren, Brautfrisuren.

Haararbeiten
werden stets angenommen, **fertige Zöpfe** in grösster Auswahl und Preislage, alle Toilettesachen billigst.

Müller's Bierstuben
Müller's Dielen.
Jeden Abend gemütliche
Unterhaltungs-Konzerte
6666 Separater Eingang!

Bestellungen 7003
auf
Anfertigung v. Matratzen
nimmt zu angemessenen Preisen entgegen
Sattler-Genossenschaft,
Herne, Wilhelmstr. 29.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich aus dem Felde glücklich heimgekehrt bin und mein 6863
Maler- und Anstreichergeschäft
wieder eröffnet habe.

J. Sons, Malermeister,
Wilhelmstraße 37.

Möbel

Bettstellen, Matratzen, Kleiderschränke, Küchenschränke, Waschkommoden, Vertikows, Kleiderspinde, Tische, Stühle, Sofas, Spiegel, Emaille-Garnituren, Federbetten usw.

Eigene Schreinerei — Eigene Polsterei

Baumpfähle, Rosenpfähle
und dergleichen, sauber mit der Maschine geschält und angespitzt, hat abzugeben
Sägewerk Schlenkhoff,
2027 Mühlenstraße.

Schlacht-ziegen
zu kaufen gesucht. 407
A. Kaufmann,
Herne, Bahnhofstraße 10.
Fernruf 219

Glashandlung
Sayn & Hölis
Herne, Bahnhofstr. 117,
Fernruf 843, empfehlen
Buntglas-Imitation
Ersatz für Gardinen.
Herrliche Muster. (1861)
Leichtes Anbringen.

erhält jedermann mit **sehr kleiner**
Anzahlung

Möbelhaus
Tolcziner
Bochum, Ob. Marktstr. 38a
1.—4. Etg. Telefon 698.
Musterlager
Hattingen, Bahnhofstr.

Steffens Saalbau-Theater, Herne
7021 Direktion Adolf Steffen.

Heute Freitag, den 29. November:
Keine Vorstellung.

Samstag, den 30. November:
Einlass 7,15 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.

Die Ehre
Schauspiel in 4 Akten von Herm. Sudermann.
Volksvorstellung zu ermässigten Preisen.
Balkon 0.55, 1. Platz 1.10, Sperrsitz 1,65 Mk.

Sonntag, den 1. Dezember:
Die Winzerbraut.

Oefen
emailliert und lackiert, wunderschöne Modelle in großer Auswahl offeriert preiswert 6089
H. Heiland,
Bahnhofstraße 3a.

Regensburger
Marienkalender
der beliebteste aller Familienkalender, eingetroffen.
P. Stracke, Buchhandlung,
Börnig-Sodingen.

Trauerbriefe, Todeszettel, Danksagungskarten
schnell u. preiswert Buchdruckerei Ingmanns & Koethers.